Merseburger Tageblatt

Kreisblatt

Bezugspreis frei Haus durch die Austräger viertelj. M. 2,70, monatl. 90 Pf. durch die Post bezogen desgl. und 14 Pf. monatl. Bestellgeld; bei Abholung v. d. Exped. M. 2,40 bezw. 80 Pf. Einzelnummer 15 Pf. — Erscheinen 6 mal wöchentl. nachm. — Für unverlangte Einsendungen wird keine Gewähr geboten. — Erfüllungsort Merseburg. — Fernruf 100. Geschäftsstelle Hälterstr. 4.

Anzeigenpreis für die einsp. Kleinzeile oder deren Raum 80 Pf., für Orts- u. kleine Anzeigen, Haushalt und Familie bezw. 25 Pf. Die Lautung für die laufende Bezugszeit (Vierteljahr bezw. Monat) wird von Beziehern auf kleine Anzeigen in Zahlung genommen. Schwieriger Satz wird angemessen höher berechnet. — Reklamezeile 75 Pf. — Eilgebühr und Vorausangaben extra.

Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

Amtliches Anzeigeblatt der Merseburger Kreisverwaltung und vieler anderer Behörden.

Nr. 263. Freitag, den 8. November 1918. 158. Jahrgang.

Tageschronik

Eine neue Note Wilsons.

Unsere Unterhändler zum Westen abgereist.

Ein Aufruf des Reichskanzlers an das deutsche Volk.

Die Unruhen in den Nordseestädten.

Deutsch-englische Verständigung über den Gefangenenaustausch (s. Beil.).

Eine Volksabstimmung in Deutsch-Oesterreich über den Anschluß an Deutschland?

Unruhen in Ungarn.

Tschecho-Slowakien wird Republik.

Deutschfeindliche Kundgebungen in Bukarest.

Schweres Eisenbahnunglück in Oesterreich.

Heftige Kämpfe zwischen Schelde und Oise und an der Maas.

Großes Hauptquartier, 7. November.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Nordöstlich von Oudenarde stießen Franzosen über die Schelde vor. Im Gegenangriff warfen wir sie zurück. Zwischen Schelde und Oise suchte der Feind die plangemäße Fortführung unserer am 4. d. M. eingeleiteten Bewegungen durch heftige Angriffe zu verhindern. Der Schwerpunkt der Angriffe lag nordöstlich von Valenciennes, südlich der nach Mons führenden Straße, bei Bavay und bei Aulnoy an der Sambre. In schweren wechselvollen Kämpfen hielten unsere Truppen dem feindlichen Ansturm stand. Der Feind stand am Abend bei Quievrais, am Westrand von Bavay, östlich von Aulnoy, westlich von La Chapelle. Zwischen der Oise und Aisne hat der Gegner die Linie Berrires—Rozoy erreicht. Beiderseits von Rethel hat er die Aisne überschritten; er stand am Abend in Linie Wasigny—Movian—Porcien und nördlich von Tourteron.

Zwischen Aisne und Maas folgte er bis Vendresse und Monzon. Auf dem Ostufer der Maas setzte der Amerikaner seine heftigen Angriffe fort. Es gelang ihm, seiner Brückenkopf östlich von Dun zu erweitern. Wir brachen den Feind an den Waldungen östlich von Mourvau und Fontaines zum Stehen. Oestlich von Sivry hat die bewährte brandenburgische 228. Infanterie-Division ihre Stellungen voll gehalten.

Erster Generalquartiermeister: Gröner.

Einstellung der Luftangriffe.

Haag, 6. Nov. „Hollands Nieuws Bureau" meldet aus London: Aus Newyork wird gemeldet: Am Montag nachmittag traf zu Washington eine Note Deutschlands ein, worin erklärt wird, daß Deutschland am 1. November die Luftangriffe eingestellt habe, jedoch nicht vernommen hätte, warum seine Gegner dies nicht gleichfalls täten. Die Note wurde durch Vermittlung der schweizerischen Gesandtschaft übermittelt.

Deutsche Kriegsgefangene als Arbeiter in Frankreich?

Genf, 6. Nov. Der französische Finanzminister Klotz stellte in einer Rede die Forderung auf, daß die arbeitsfähigen deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich bleiben müssen, um an dem Wiederaufbau der zerstörten Ortschaften mitzuarbeiten. Die Zeitungen, welche diese Forderung wiedergeben, melden gleichzeitig aus London, daß der Abgeordnete Tardieu nach Washington gefahren sei, um die Zustimmung des Präsidenten Wilson zu einer derartigen Forderung einzuholen. Die Zustimmung ist also bisher nicht erfolgt.

Die Sicherheit Bayerns.

München, 6. Nov. Kriegsminister von Hellingrath erläßt folgenden Aufruf:

Die Waffenstillstandsbedingungen, die unseren bisherigen österreichischen Verbündeten auferlegt worden sind, eröffnen dem Feind die Möglichkeit, unsere Süd- und Ostgrenzen militärisch zu bedrohen. Zu einer Beunruhigung liegt kein Anlaß vor. Es sind Vorkehrungen für den Schutz der Heimat getroffen und im Gange.

Vor Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen.

Wilsons neueste Antwort.

Berlin, 6. Nov. (Amtlich.) Die durch Funkspruch hier eingetroffene Note der Vereinigten Staaten vom 5. November 1918 lautet in der Uebersetzung:

In meiner Note vom 23. Oktober 1918 habe ich Ihnen mitgeteilt, daß der Präsident seinen Notenwechsel den mit den Vereinigten Staaten verbundenen Regierungen übermittelt hat, mit dem Anheimstellen, falls diese Regierungen geneigt sind, den Frieden zu den angegebenen Bedingungen und Grundsätzen herbeizuführen, ihre militärischen Ratgeber und die der Vereinigten Staaten zu ersuchen, den gegen Deutschland verbundenen Regierungen die nötigen Bedingungen eines Waffenstillstandes zu unterbreiten, der die Interessen der beteiligten Völker in vollem Maße wahrt und den verbundenen Regierungen die unbeschränkte Macht sichert, die Einzelheiten des von der deutschen Regierung angenommenen Friedens zu gewährleisten und zu erzwingen, wofern sie einen Waffenstillstand vom militärischen Standpunkt für möglich halten. Der Präsident hat jetzt ein Memorandum der alliierten Regierungen mit Bemerkungen über diesen Notenwechsel erhalten, das folgendermaßen lautet:

Die alliierten Regierungen haben den Notenwechsel zwischen dem Präsidenten der Vereinigten Staaten und der deutschen Regierung sorgfältig in Erwägung gezogen. Mit den folgenden Einschränkungen erklären sie ihre Bereitschaft zum Friedensschluß mit der deutschen Regierung auf Grund der Friedensbedingungen, die in der Ansprache des Präsidenten an den Kongreß vom 8. Januar 1918, sowie der Grundsätze, die in seinen späteren Ansprachen niedergelegt sind.

Sie müssen jedoch darauf hinweisen, daß der gewöhnliche sogen. Begriff der Freiheit der Meere verschiedene Auslegungen (Bestimmungen?) einschließt, von denen sie einige nicht annehmen können. Sie müssen sich deshalb über diesen Gegenstand beim Eintritt in die Konferenz volle Freiheit vorbehalten.

Ferner hat der Präsident in den in seiner Ansprache an den Kongreß vom 8. Januar 1918 niedergelegten Friedensbedingungen erklärt, daß die besetzten Gebiete nicht nur geräumt und befreit, sondern auch wiederhergestellt werden müssen. Die alliierten Regierungen sind der Ansicht, daß über den Sinn dieser Bedingungen kein Zweifel bestehen darf. Sie verstehen darunter, daß Deutschland für allen durch seine Angriffe zu Lande, zu Wasser und in der Luft der Zivilbevölkerung der Alliierten und ihrem Eigentum zugefügten Schaden Ersatz leisten soll.

Der Präsident hat mich mit der Mitteilung beauftragt, daß er mit der im letzten Teile des angeführten Memorandum enthaltenen Auslegung einverstanden ist. Der Präsident hat mich ferner beauftragt, Sie zu ersuchen, der deutschen Regierung mitzuteilen, daß Marschall Foch von der Regierung der Vereinigten Staaten und den alliierten Regierungen ermächtigt worden ist, gehörig beglaubigte Vertreter (?) der deutschen Regierung zu empfangen und sie von den Waffenstillstandsbedingungen in Kenntnis zu setzen.

* * *

Die endgültige Antwort Wilsons an die deutsche Regierung geht dahin, daß die Verbündeten grundsätzlich bereit sind, mit Deutschland einen Frieden auf der Basis der Erklärungen abzuschließen, welche der Präsident in seiner Botschaft an den Kongreß vom 8. Januar 1918 sowie in seinen späteren Kundgebungen dargelegt hat. Das scheint auf den ersten Blick ein Zugeständnis zu sein, das alle überraschen wird, die einen Sieg der Extremisten über die gemäßigte Politik Wilsons innerhalb der Entente vorausgesagt haben. Aber dieses an den Anfang der Antwort gestellte Zugeständnis wird sofort durch sehr erhebliche Einschränkungen wieder aufgehoben. Denn die Verbündeten erklären nämlich ausdrücklich, daß sie die Forderungen Wilsons hinsichtlich der sogenannten Freiheit der Meere bei der außerordentlichen Wichtigkeit der betreffenden Paragraphen nicht anerkennen können, sich vielmehr in dieser Hinsicht für die Friedensverhandlungen vollkommene Entschlußfreiheit vorbehalten müssen. Dieser ersten schwerwiegenden Ausnahme von dem Gerechtigkeits- und Versöhnungsprogramm des Präsidenten schließt sich sogleich noch eine zweite an, die mindestens von ebenso einschneidender Bedeutung für uns ist, wie die erste. Während nämlich das Wilsonsche Programm einen Frieden ohne Sieger und Besiegte anstrebt und aus diesem Grunde jegliche Art von Kriegsentschädigungen prinzipiell ablehnt, fordern die Verbündeten in der Wilsonschen Note volle Entschädigung für alle in den Gebiete von Belgien und Nordfrankreich angerichteten Verheerungen und zudem vollkommenen Ersatz für allen Schaden, welcher Zivilpersonen durch die Kriegführung der Mittelmächte zu Wasser, zu Lande und in der Luft erwachsen ist.

Es ist müßig, die Summe abzuschätzen, die sich hierbei ergeben wird. Man kann nur soviel sagen, daß sie erschreckend sein wird. Schon der zu ersetzende Schade auf dem Lande wird, wie das bei der Intensität und der langen Dauer des jetzigen Krieges in der Natur der Sache liegt, ungeheuerlich sein; er wird aber noch übertroffen werden durch den zu ersetzenden Schaden des Tauchbootkrieges. An Schätzungen über diese Schädigungen von unserer wie von feindlicher Seite ist kein Mangel, und die außerordentliche Höhe der hier in Betracht kommenden Verluste ist einer der wenigen Punkte gewesen, über die vollkommene Einigkeit auf beiden Seiten geherrscht hat. Man kann demnach sich ein ungefähres Bild davon machen, wie die Rechnung, die uns die Verbündeten zu überreichen im Begriffe sind, ausfallen wird. Mit den beiden eben erwähnten Forderungen ist das von Wilson verkündete Prinzip des Rechts- und Versöhnungsfriedens bereits durchbrochen, und die Züge des nackten Gewaltfriedens zeigen sich in unmißverständlicher Deutlichkeit. Immerhin durfte man nach den maßlosen Aeußerungen und Forderungen sowohl der französischen wie der englischen Presse auf noch Schlimmeres gefaßt sein. Man hat sich wenigstens vorläufig geschont, uns den unverhüllten Gewaltfrieden zu präsentieren und hat aus Gründen des Auslandes vorläufig noch die Wilsonschen Formeln beibehalten. Dabei darf man allerdings nicht vergessen, daß diese Forderungen außerordentlich dehnbar sind, und ohne Zweifel wird sich die Entente an diplomatischen Auslegungskunststücken am Verhandlungstische Dinge leisten, welche die wenigen Optimisten und Idealisten, die es noch bei uns gibt, mit schmerzlichem Erstaunen erfüllen werden. Derartige Optimisten werden auch geneigt sein, aus der Tatsache, daß die Entente von vornherein zwei Ausnahmen von dem Wilsonschen Programm statuiert hat, auf eine desto strikttere Anerkennung der übrigen Punkte zu schließen. Dieser Trost bedrängter Gemüter ist natürlich wenig stichhaltig, da die Entente selbst klug genug gewesen sein wird, diese psychologische Wirkung in ihre Rechnung einzustellen. Jedenfalls tun wir wohl daran, mit der Tatsache zu rechnen, daß sich bei den Verhandlungen noch allerlei Ausnahmen herausstellen werden und daß zum Schlusse von dem Wilsonschen Programm nicht allzu viel übrig bleiben dürfte.

Was die Waffenstillstandsbedingungen anlangt, die Foch den deutschen Unterhändlern stellen wird, so werden sich daran die Friedensbedingungen besser erkennen lassen, als aus der grundsätzlichen Annahme der Wilsonschen Punkte durch die Verbündeten, die vorläufig nur als eine ziemlich farblose Redensart betrachtet werden muß.

Aber auch der schwere Weg der Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen muß gegangen werden, und das deutsche Volk wird den tiefen Schmerz dieser Stunde in dem Gedanken ertragen, daß es nicht durch Mangel an eigener Kraft und Tüchtigkeit, sondern lediglich durch eine unfähige politische Leitung und durch verräterischen Abfall der Bundesgenossen einer ungeheuren Uebermacht unterlegen ist.

Abreise der deutschen Unterhändler nach der Front.

Berlin, 6. Nov. **Die deutsche Delegation zum Abschluß des Waffenstillstands und zur Aufnahme der Friedensverhandlungen ist heute nachmittag von Berlin nach dem Westen abgereist.**

Die Kommission, die abgereist ist, um mit der feindlichen Obersten Heeresleitung wegen der Waffenstillstandsbedingungen zu verhandeln, setzt sich zusammen aus General Guendell und dem Obersten v. Winterfeldt von der Heeresleitung, Kapitän Vanselow von der Marine, Graf Oberndorff vom Auswärtigen Amt und dem Staatssekretär Erzberger. Die Kommission wird wegen der Waffenstillstandsbedingungen, nicht wegen der Friedensbedingungen verhandeln.

Die deutschen militärischen Unterhändler für die eventuellen Friedensverhandlungen sollen nach der „Kreuz-Ztg." General v. Wrisberg und Admiral v. Bülow sein.

Wilsons Differenzen mit der Entente.

Ein „Zwischenfall" in Versailles.

Zürich, 6. Nov. **Wie der schweizerische Preßtelegraph vernimmt, versichert man in Kreisen, die dem Minister des**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919181108-10/fragment/page=0001

Aeußern Pichon nahestehen, die Gerüchte, die über die Höhe der von Deutschland zu entrichtenden Kriegsentschädigung im Umlaufe seien, müßten als völlig aus der Luft gegriffen bezeichnet werden. Am Montag fand eine abermalige Besprechung des Versailler Kriegsrates mit dem Obersten House statt, der neue telegraphische Weisungen aus Washington erhalten hatte. Nach diesen Weisungen besteht jetzt Wilsons Hauptkonflikt mit der Entente darin, daß Wilson durch den Friedenskongreß die

allgemeine gleichmäßige Abrüstung

aller europäischen Staaten fordert, wogegen die Entente diesen Punkt nur auf Deutschland angewendet wissen will. Wilson sträubt sich deshalb auch gegen die Uebergabe irgendwelchen Kriegsmaterials durch Deutschland in die Hand der europäischen Ententestaaten. Ferner wies Oberst House im Auftrage Wilsons darauf hin, daß Washington die

Hungerblockade von Anfang an für ungesetzlich und völkerrechtswidrig

bezeichnet habe, und daß nach erfolgter Aufhebung des Unterseebootkrieges der Aushungerung so bald als möglich ein Ende gemacht werden müsse. In einer der letzten Sitzungen ereignete sich im Kriegsrat ein charakteristischer Zwischenfall. Bei der letzten Beratung eines bestimmten Punktes wies Oberst House darauf hin, daß die Entente

ohne die Hilfe Amerikas nicht in der Lage sei,

sich den Sieg zu sichern, selbst unter den jetzigen Umständen könne die deutsche Armee, wenn sie es nur mit der französischen zu tun habe, diese in einigen Wochen zerschmettern. Darauf bemerkte der Vertreter Frankreichs, die Lage habe sich durch die Kapitulation Oesterreichs derart geändert, daß die Entente nicht mehr auf Amerika angewiesen sei, da Italien gegebenenfalls die Möglichkeit direkter Operationen gegen Deutschland habe. Dieser Zwischenfall wird lebhaft besprochen. Man weiß, daß Italien dem Programm Wilsons mit noch größerer Antipathie gegenübersteht als Frankreich und England, und man nimmt an, daß das Bestreben der italienischen Regierung dahin geht, die Hilfe der Vereinigten Staaten entbehrlicher zu machen.

Clemenceau über die Bedingungen.

Die „Franks. Ztg." meldet aus Genf: In der Dienstag-Sitzung der französischen Deputierten-Kammer, in der der Präsident die Befreiung Serbiens feierte, ergriff Ministerpräsident Clemenceau das Wort, um die Waffenstillstandsbedingungen, die Oesterreich auferlegt wurden, mitzuteilen und hinzuzufügen, daß der Kriegsrat von Versailles dem Präsidenten Wilson die Waffenstillstandsbedingungen für Deutschland mitgeteilt habe, die vom gleichen Geiste beseelt seien wie die österreichischen Bedingungen. Die Kammer beschloß den öffentlichen Anschlag der Erklärungen.

Das Kriegskabinett für schnellen Friedensschluß.

Berlin, 6. Nov. Das Kriegskabinett trat heute vormittag zu einer Sitzung zusammen. Den Beratungsgegenstand dürfte die Antwortnote Wilsons gebildet haben. Offenbar gibt man sich an maßgebender Stelle der Anschauung hin, den Waffenstillstand abzuschließen, um die Friedensverhandlungen sofort aufnehmen zu können, und zwar soll jetzt nicht zuerst der Waffenstillstandsvertrag ausgeführt und dann die Friedensverhandlungen begonnen werden, sondern es soll eine schnellere Methode zur Durchführung kommen.

Rumänien will an den Friedensverhandlungen teilnehmen.

Haag, 6. Nov. „Daily Mail" meldet, daß Rumänien das Ersuchen an die Entente gerichtet habe, an den Friedensverhandlungen teilzunehmen.

Die bolschewistischen Unruhen.

Abflauen der Bewegung in Kiel.

Ueber die Lage in Kiel erfährt W. T. B. folgendes: Der militärische Schutz der Ostsee durch die Marine ist lückenlos hergestellt. Alle einlaufenden kriegsschiffe führen die Kriegsflagge. Die Bewegung unter den Matrosen und Arbeitern ist in ruhigere Bahnen zurückgekehrt. Die Mannschaften der Garnison bemühen sich, Ordnungswidrigkeiten entgegenzutreten. Es erfolgt allmählich die allgemeine Abgabe der Waffen. Privathäuser und Geschäfte bleiben ebenso wie Lazarette und Krankenhäuser unbehelligt. Die Banken sind fast alle im Betrieb. Die Verpflegung in den Kasernen und auf den Schiffen wird in der bisher gewohnten Weise durchgeführt. Die Lebensmittelversorgung der Zivilbevölkerung ist bisher nicht gestört. Die Betriebe sind noch im Ausstande. Die Bevölkerung ist ruhig.

Kiel, 6. Nov. Die in Kiel erscheinende sozialdemokratische „Schlesw.-Holst. Volksztg." schreibt: Wie uns nachmals mitgeteilt wird, hat die Regierung die bündigsten Erklärungen abgegeben, daß gegen Kiel nichts Gewaltsames unternommen würde.

Reichstagsabgeordnter Legien in Kiel.

Berlin, 6. Nov. Der Reichstagsabg. Legien, der Vorsitzende der Generalkommission der Gewerkschaften, der den Wahlkreis Kiel im Reichstag vertritt, ist am Mittwoch dorthin abgereist.

Erschießung des Stadtkommandanten.

Kiel, 6. Nov. Die „Kieler Neuesten Nachrichten" berichten: In der verflossenen Nacht um 1 Uhr ist der Stadtkommandant Kapitän zur See Heine von einer Patrouille erschossen worden. Die Patrouille hatte den Auftrag, den Stadtkommandanten abzuholen. Er weigerte sich aber, dem Befehl zu gehorchen und wurde darauf in seinem Hausflur erschossen.

Kampf zwischen Offizieren und Matrosen.

Kiel, 6. Nov. Ueber die Vorgänge an Bord des Linienschiffes „König" melden die „Kieler Neuesten Nachr.": Bei der Uebergabe des Linienschiffes an die Truppen kam es zu einem Zwischenfalle. Der Kommandant, Kapitän zur See Weniger, der erste Offizier, Korvettenkapitän Heinemann, und Leutnant zur See Zenker weigerten sich, die rote Flagge hissen zu lassen und stellten sich an der Stelle auf, wo die Hissung der Flagge stattfinden sollte. Bei dem darauf erfolgten Zusammenstoße wurde ein Matrose erschossen, worauf die Mannschaften mit Gewehrschüssen auf die drei Offiziere eindrangen. Kapitän zur See Weniger erhielt einen Kopfschuß, Korvettenkapitän Heinemann einen Lungen- und Schulterschuß, Leutnant zur See Zenker wurde ebenfalls schwer verwundet. Korvettenkapitän Heinemann ist seinen Verletzungen im Lazarett bereits erlegen.

Ein Aufruf des Reichskanzlers.

Der Reichskanzler erläßt folgenden Aufruf an das deutsche Volk:

„Präsident Wilson hat heute auf die deutsche Note geantwortet und mitgeteilt, daß seine Verbündeten den 14 Punkten, in denen er seine Friedensbedingungen im Januar dieses Jahres zusammengefaßt hatte, mit Ausnahme der Freiheit der Meere zugestimmt haben, und daß die Waffenstillstandsbedingungen durch Marschall Foch mitgeteilt werden. Damit ist die Voraussetzung für Friedens- und Waffenstillstandsbedingungen gleichzeitig geschaffen. Um dem Blutvergießen ein Ende zu machen, ist die deutsche Abordnung zum Abschluß des Waffenstillstandes und zur Aufnahme der Friedensverhandlungen heute ernannt worden und nach dem Westen abgereist.

Die Verhandlungen werden durch Unruhen und disziplinloses Verhalten in ihrem erfolgreichen Verlauf ernstlich gefährdet. Ueber vier Jahre hat das deutsche Volk in Einigkeit und Ruhe die schwersten Leiden und Opfer des Krieges getragen. Wenn in der entscheidenden Stunde, in der nur unbedingte Einigkeit des ganzen deutschen Volkes große Gefahren für seine Zukunft abwehren kann, die inneren Kräfte versagen, so sind die Folgen nicht abzusehen.

Aufrechterhaltung der bisher gewahrten Ordnung in freiwilliger Manneszucht ist in dieser Entscheidungsstunde eine unerläßliche Forderung, die jede Volksregierung stellen muß.

Mag jeder Staatsbürger sich der hohen Verantwortung bewußt sein, die er in Erfüllung dieser Pflicht seinem Volke gegenüber trägt.

Der Reichskanzler. Prinz Max von Baden."

Flucht des Prinzen Heinrich?

Kiel, 6. Nov. Die in Kiel erscheinende sozialdemokratische „Schlesw.-Holst. Volksztg." schreibt: Uns geht folgende Mitteilung zu: Prinz Heinrich ist mit einem Chauffeur in einem Automobil mit roter Flagge geflohen. Er trug eine rote Binde am Arm. Auf dem Wege nach Gettorf traf er ein Automobil mit Matrosen, die eine Panne hatten. Er hat mit den Leuten gesprochen und ihnen erklärt, daß das, was in den letzten 48 Stunden passiert sei, ihnen teuer zu stehen kommen würde. Daraufhin haben drei Matrosen gebeten, auf den Trittbrettern seines Automobils mitfahren zu dürfen. Der Prinz hat das gestattet. Nachdem das Automobil in Bewegung war, wurde auf die Matrosen aus dem Automobil geschossen. Einer der Matrosen wurde ins Herz getroffen und fiel rücklings aus dem Automobil. Daraufhin haben die zurückgebliebenen Matrosen zehn Gewehrsolven dem Automobil nachgesandt. Ob jemand getroffen ist, ist nicht bekannt.

Die Lage in Hamburg.

Berlin, 6. Nov., abends. In Hamburg sind die Betriebe ausständig. Es ist zu Disziplinlosigkeiten und gewaltsamen Uebergriffen gekommen. Gleiches wird aus Lübeck gemeldet. Abgesehen von Arbeitereinigungen in einigen Werken ist Privateigentum nicht beschädigt oder angetastet. Die Bevölkerung ist nicht gefährdet.

Hamburg unter der Herrschaft des Soldatenrats.

Hamburg, 6. Nov. Der Soldatenrat hat sich im Gewerkschaftshause konstituiert und leitet von dort die Bewegung. Auch die städtischen Behörden stehen unter seiner Leitung.

Blutige Opfer.

Hamburg, 6. Nov. Am frühen Morgen wurden noch mehrfach Offiziere auf den Straßen getroffen. Sie wurden festgenommen, ihrer Säbel entledigt und ins Gewerkschaftshaus geführt. Ein großer Trupp suchte die im Untersuchungsgefängnis untergebrachten Gefangenen zu befreien. Die im Justizgebäude untergebrachte starke Militärwache trat zu den Leuten über, so daß alle Gefangenen befreit wurden. Schon in den frühen Morgenstunden wurde eine Anzahl Läden in der inneren Stadt geplündert. An den Ausschreitungen beteiligten sich auch halbwüchsige Burschen, sogar

Knaben von 14 bis 15 Jahren

schnallten sich Waffen um und zogen damit durch die Stadt. Ein großer Trupp unter Vorantritt von Marinesoldaten zog vor die Kaserne. Dort wurde sehr heftig geschossen. Dabei gab es eine Anzahl Tote. An der Spitze der Demonstranten standen von Kiel nach Hamburg gekommene Matrosen, die die Kaserne zur Uebergabe aufforderten. Als Antwort erfolgte Maschinengewehrfeuer. Die Matrosen schossen in die Kasernen hinein. Durch das Maschinengewehrfeuer wurden

15 Marinesoldaten getötet,

auch eine Anzahl Verletzte mußten vom Platze getragen werden. Inzwischen traf von der Kommandantur der telephonische Befehl ein, die Kaserne bedingungslos zu übergeben. Es wurde eine weiße Fahne aus dem Fenster geflockt, und die Tore geöffnet, so daß die Demonstranten eindringen konnten. Es wurde dann der Oberst des Regiments, der den Befehl zum Widerstand gegeben hatte, von den Aufrührern erschossen. Der Straßenbahnverkehr in der Stadt geht überaus stockend vor sich, dagegen funktioniert der Hochbahnbetrieb ohne Störung. Der Eisenbahnfernverkehr hat große Störungen aufzuweisen, der Vorortverkehr ist seit mittags überhaupt unterbunden. Die Verhandlungen mit dem Generalkommando führten zu dem Ergebnis, daß die Bedingungen, die in Kiel angenommen wurden, auch für Hamburg, Altona und Umgegend gültig sind. Die Betriebe sind ausständig.

Hamburg, 6. Nov. Eine Riesenversammlung auf dem Heiligengeistfelde ist ohne Zwischenfall verlaufen. Beim Justizgebäude waren Truppen mit Maschinengewehren aufgestellt. Sie wurden jedoch entwaffnet, die Offiziere abgeführt und die Maschinengewehre teils unbrauchbar gemacht, teils mitgenommen. Im Hafen sind Kriegsschiffe eingelaufen, die unter dem Befehle des Matrosenrats stehen.

Soldatenkundgebungen im Lockstädter Lager.

Kiel, 6. Nov. Zu den Gerüchten über die Vorgänge im Lockstädter Lager wird nach der „Kieler Zeitung" gemeldet:

Gestern abend nach Zapfenstreich zogen unzufriedene Mannschaften eines hier untergebrachten Truppenteils vor die Kommandantur. Die Leute machten ihrem Führer gegenüber ihre Forderungen geltend. Im weiteren Verlaufe des Abends schloß sich den Unzufriedenen der größte Teil ihres Truppenteils an. Auch Unteroffiziere und Mannschaften aller übrigen im Lager untergebrachten Truppenteile schlossen sich den Unzufriedenen an. Die Demonstration verlief ohne jegliche Zusammenstöße. Die Unzufriedenen unterhandeln jetzt unter sich, um ihre Forderungen genau zu formulieren.

Lübeck.

Bildung eines Soldatenrats.

Lübeck, 6. Nov. Die „Kieler Zeitung" berichtet: Am Dienstag nachmittag erschienen vor Travemünde vier Kriegsschiffe. Die Matrosen begaben sich zu Fuß nach Kücknitz und von dort mit der Straßenbahn, einige andere mit kleinen Booten auf dem Wasserwege nach Lübeck, wo sie auf der Breiten Straße, auf der Sandstraße und auf dem Klingberg in großer Zahl erschienen. Am Soldatenheime am Klingberge wurde eine rote Fahne befestigt, die später auf Zureden eines Offiziers wieder entfernt wurde. Die Matrosen gingen in Trupps durch die Stadt. Abends um 7 Uhr begab sich ein großer Zug von Feldgrauen durch die Stadt, denen sich die Matrosen angeschlossen hatten. Der Zug bewegte sich von Kaserne zu Kaserne und verstärkte sich dauernd. Im Verlaufe des Abends wurden das Hauptpostamt, der Bahnhof sowie das Telegraphenamt besetzt. Auf dem Bahnhofsplatze kam es zu größeren Ansammlungen, die aber in Ruhe verliefen. Es wurden Patrouillen gebildet, welche die Stadt durchzogen, um die Ordnung aufrechtzuerhalten. Die Magazine sollen, wie verlautet, in den Händen der Demonstranten sein. Der Brigadekommandeur wurde zum Bahnhof abgeführt. In der Frühe des Mittwoch wurden fast sämtliche Offiziere verhaftet und ihnen die Waffen abgenommen. Heute früh verkehrten keine Züge, auch ist die Post ausgeblieben.

Unruhen in Bremen.

Der Soldatenrat hat sich gebildet. General Wrigk wurde festgenommen und in Gewahrsam gebracht.

Bremen, 6. Nov. Die Lage in Bremen war bis Mittwoch nachmittag im allgemeinen ruhig. Der Anstoß zu Unruhen wurde, wie die „Weserzeitung" meldet, dadurch gegeben, daß 500 Mann Marinetruppen, die von Wilhelmshaven Gefangene nach dem Munsterlager bringen sollten, in Bremen ausstiegen und in die Stadt gingen. Unter Teilnahme der Bevölkerung zogen sie nach der Kaserne, entwaffneten die Wache und forderten die Soldaten zum Anschluß auf. Es formierte sich inzwischen ein Zug, der zum Marktplatz ging. Einige Matrosen und Soldaten drangen in das Rathaus ein. Darauf hielt von dem Altan des Rathauses aus ein unabhängiger Sozialist ein Soldat, der sich bereits am Abend vorher in einer öffentlichen Versammlung für die sozialistische Republik ausgesprochen hatte, und ein Marinesoldaten Reden an die Bevölkerung. Die Reden endeten mit der Forderung der deutschen Sozialistenrepublik. Weiter wurde die Gründung eines Arbeiter- und Soldatenrats verkündet. Der Soldatenrat hat seine Befugnisse vorläufig mit dem Kommandanten der Garnison geteilt. Bereits am Nachmittage hatten sich die Arbeiter der A.-G. Weser, unter denen eine große Anzahl Marinesoldaten sind, zusammengefunden, um 230 Marinesoldaten, die wegen militärischer Vergehen in Osterholzhausen gefangen waren, zu befreien. Der Befreiung der Militärgefangenen schloß sich die

Oeffnung aller Gefängnisse

auch für die Zivilgefangenen an. In den Kasernen haben die Soldaten die Kommandogewalt in die Hände genommen. Die Offiziere wurden im allgemeinen entwaffnet. Zwischenfälle sind auch hierbei nicht vorgekommen. Abends um 8 Uhr begann im Gewerkschaftshause eine Versammlung von Vertrauensmännern, in der der Abg. Liebknecht, der nachmittags aus Berlin eingetroffen ist, eine Rede halten soll. Während sich diese Geschehnisse im Laufe von zwei knappen Stunden vollzogen, hielt die Bürgerschaft in der am Marktplatz gelegenen Börse eine Sitzung ab. Auf der Tagesordnung stand ein sozialdemokratischer Antrag auf Einführung des gleichen und direkten Wahlrechts. Der Senat gab eine Erklärung ab, daß er wegen der Kürze der Zeit sich zu dieser weitgehenden Reform noch nicht habe entschließen können, er lehne sich seine Entschließung vor. Als die Mitglieder der Bürgerschaft den Saal verließen, läuteten ihnen vom Dome die Glocken entgegen, die nach der Anordnung des Soldatenrates die neue Freiheit verkünden sollten.

Ein Bolschewistennest in Düsseldorf aufgehoben.

Düsseldorf, 6. Nov. In Düsseldorf ist ein bolschewistisches Nest ausgehoben worden. Ein Herr Iwanow und eine Frau Wolffenstein, vermutlich aus Galizien, hatten eine größere Wohnung gemietet, angeblich um eine russische Telegraphenagentur zu betreiben. Es handelt sich aber zweifellos um eine Stelle für bolschewistische Propaganda. Die Gesellschaft ist verhaftet worden. Es steht fest, daß von dieser Stelle aus die aufwiegelnden Flugblätter ausgingen, die in den letzten Tagen in Essen unter der Belegschaft der industriellen Werke des Bezirkes verbreitet worden sind.

Die Unabhängigen Sozialdemokraten in Berlin

haben für Donnerstag abend fünf Versammlungen einberufen mit der Tagesordnung: Der Jahrestag der russischen Revolution.

Eine sozialdemokratische Warnung.

In einem neuen Aufruf der sozialdemokratischen Partei an die Arbeiter und Arbeiterinnen wird diesen zu Gemüte geführt, daß die Aufgaben der neuen Regierung unmöglich geleistet werden können, wenn alles drunter und drüber geht.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919181108-10/fragment/page=0002

„Entstehen Unruhen, so wird die jetzt schon **unzureichende Volksernährung ganz ins Stocken geraten, die arbeitende Bevölkerung wird dem Hungertode ausgeliefert sein, während die Besitzenden sich immer doch zu behelfen wissen.** Das ist auch in Rußland so gekommen, und selbst die Gewaltmethoden des Bolschewismus haben daran nichts zu ändern vermocht. Entstehen Unruhen, so werden weiter zahlreiche Betriebe schließen müssen, und es wird nicht möglich sein, das angeheure Heer der Arbeitslosen zu ernähren. Für die heimströmenden Kameraden aus dem Felde wird keine Arbeit zu finden sein, und sie werden sich auf eigene Faust zu helfen versuchen, wie sie können. Das wird zu neuen inneren Kämpfen Anlaß geben, die weiteres unabsehbares Elend im Gefolge haben werden.

Der Bruch mit den Bolschewisten.

(Von unserem Berliner Vertreter.)

Der russische Botschafter Herr Joffe ist Mittwoch morgen aus Berlin abgereist. Die Abreise erfolgte morgens um 6 Uhr in zwei Gruppen. Jetzt ist die Botschaft abgeschlossen. Sie wird von Schutzleuten bewacht. Später dürfte sie wieder der Obhut der spanischen Botschaft übergeben werden. Vor seiner Abreise hatte Herr Joffe, wie die „B. Z." meldet, eine längere Besprechung mit dem bekannten Abgeordneten Dr. Cohn (Nordhausen), dem ein großes Paket, Geld enthaltend, übergeben wurde.

Mit dem Abschied Joffes ist erfreulicher Weise einer der unglückseligsten Wege der deutschen Politik beendet, und es ist endlich die Möglichkeit eines wirklichen dauernden Einvernehmens zwischen dem deutschen und dem russischen Volke hergestellt worden. Diese Möglichkeit ist um so wichtiger, als bei der heutigen Weltlage der Sturz der Bolschewisten nur noch eine Frage von Wochen ist.

Deutsch-Oesterreich und Deutschland.

Volksabstimmung.

Telegramme aus Wien besagen, daß der österreichische Nationalrat beschlossen hat, die Frage des Anschlusses Oesterreichs an Deutschland durch eine Volksabstimmung nach dem Friedensschluß entscheiden zu lassen.

Deutsch-Oesterreichs Gesandter für Berlin.

Wien, 6. Nov. Wie verlautet, wird der frühere Ministerpräsident Dr. von Körber deutsch-österreichischer Gesandter in Berlin werden.

Die Tage des Ministeriums Lammasch dürften gezählt sein. Man rechnet bereits damit, daß das Ministerium in acht Tagen demissionieren werde, um einer Liquidationskommission Platz zu machen, in der sämtliche nationale Regierungen vertreten sein werden, die sich untereinander auseinandersetzen sollen.

100 000 versprengte Oesterreicher auf dem Balkan.

Mostar, 5. Nov. Zwischen Mostar und Montenegro sind über 100 000 österreichisch-ungarische Soldaten versprengt, die auf den Transport in die Heimat warten.

Ernste Unruhen in Ungarn.

Wien, 5. Nov. Der Korrespondent des „Neuen Wiener Tagbl." meldet aus Budapest: In vielen Gemeinden der Kleinen Karpathen hat der verhetzte Pöbel die Behörden weggejagt. Ueberall wird die Proklamation des slowakischen Nationalrates verbreitet. Aus den Gemeinden an der ungarischen Grenze werden die ungarischen Stuhlrichter und Notare weggejagt. In Südungarn ist es zu Unruhen im Bergwerk Neschitz gekommen.

Entwaffnung der Truppen Mackensens?

Budapest, 6. Nov. Der Generalstabschef Mackensens, Quadt, ist in Budapest eingetroffen, um mit der Regierung über den Durchzug der in Rumänien befindlichen deutschen Divisionen zu verhandeln. Die Frage beschäftigte den Ministerrat. Nach dem „Wiener Journal" hat Kriegsminister Lindner Mackensens Unterhändler erklärt, er wolle den Durchmarsch gestatten, falls vorher die Entwaffnung erfolge. Das müsse mit Rücksicht auf die ungarische Neutralität geschehen.

Republik Tschecho-Slowakien.

Prag, 6. Nov. Die tschecho-slowakischen Verhandlungen in Genf sind beendet. Es wurde beschlossen, eine Republik mit Masarik als Präsidenten an der Spitze zu errichten. Kramarsch soll Ministerpräsident werden. Nach Prag soll sofort die tschechische Nationalversammlung zur Ratifizierung der Genfer Vereinbarungen einberufen werden. Der Nationalausschuß hat einstimmig die Ausschreibung einer vierprozentigen „nationalen Freiheitsanleihe" von einer Milliarde Kronen beschlossen. Am 8. November wird für politische Verbrechen eine große Amnestie verkündet werden.

Deutschfeindliche Kundgebungen in Bukarest.

Bukarest, 6. Nov. Hier fand eine deutschfeindliche Kundgebung statt. Mit Rücksicht auf die Gerüchte, daß im Belastathal, wo das Oberkommando der Besatzungstruppen seinen Sitz hat, die englische und französische Militärmission eingetroffen sei, um über den Waffenstillstand zu verhandeln, sammelte sich gegen Mittag eine große Menschenmenge an, meist junge Leute. Als sie zu johlen begann, setzte die Volksmenge mit der Absingung rumänischer Lieder und der Marseillaise ein, die bald die Militärmusik übertönten. Zufällig anwesende oder vorüberfahrende deutsche Offiziere, darunter auch der Festungskommandant Koch wurden mit Pfuirufen empfangen. Die deutsche berittene Militärpolizei griff ein und zerstreute die Menge. Den ganzen Nachmittag blieb die Hauptstraße Viktoria, die sehr besucht war, mit deutschen Patrouillen besetzt, die jede Ansammlung von Menschen verhinderten.

Minister des Aeußern, Arion, ermahnte das Publikum zur Wahrung der Ordnung und Beherrschung der Gefühle. Wir sind, sagte der Minister, am Vorabend des Friedens. Die Ausschreitungen würden sich gegen die Bevölkerung richten.

Die Revolutionierung der Schweiz.

Zürich, 7. Nov. (Eig. Drahtb.) Der „Zür. Anz." meldet, daß in der Stadt Zürich in den letzten Tagen der erste Arbeiterrat nach bolschewistischem Muster gegründet wurde. Mehrere russische Revolutionäre, darunter die Bolschewistin Balabanow, halten sich in Zürich auf; sie hatten Besprechungen mit sozialdemokratischen Führern. Die Blätter verurteilen diese revolutionären Umtriebe, da durch sie die Schweiz in die schwersten sozialen Wirren gestürzt werden könnte.

Aus Stadt und Umgebung

Was gibt es an Lebensmitteln?

Roßfleisch- und Fleischwaren-Verkauf: Am 8. November nachmittags von 2—5 Uhr bei Hoffmann, Brühl 6 und von 2—4 Uhr bei Möbius, Tiefer Keller.

Mager- und Buttermilch-Verkauf: Am 8. November bei Frahnert, Kleine Ritterstraße; Kunecke, Gutenbergstraße; Konsum, Lauchstedter Straße und Schulz, Weiße Mauer.

Beitritt der Stadt Merseburg zur Rentenguts-Gesellschaft.

Aufnahme der Siedlungstätigkeit auf breiterer Grundlage.

Der Magistrat unterbreitet der am nächsten Montag stattfindenden Stadtverordneten-Versammlung folgenden Beschluß:

Die Stadtgemeinde Merseburg tritt der Rentengutsgesellschaft Merseburg e. G. m. b. H. mit einem Kapital von 50 000 Mk. bei. Die Mittel werden den für Wohnungsfürsorge bereit gestellten 275 000 Mk. entnommen.

Die Rentengutsgesellschaft, welche ja hier die bekannte Ansiedelung an der Halleschenstr. gegründet hat, ist an die Stadt mit dem Antrage herangetreten, sich mit 50 000 Mk. zu beteiligen, weil sie die Absicht hat, die Siedlungstätigkeit auf breiterer Grundlage aufzunehmen und auch im Gebiete der Stadt Merseburg weitere Siedlungen zu schaffen. Für eine Beteiligung der Stadt war Voraussetzung, daß die Rentengutsgesellschaft nicht allein derartige Siedlungen schafft, wie sie in der jetzigen Kolonie an der Halleschenstraße bestehen, sondern daß sie auch dazu übergeht, an geeigneten Plätzen kleinere Stellen zu gründen, in Form von Ein- oder Zweifamilien-Häusern, auch in Form von Reihenhäuser oder von Gruppenbauten, zu denen natürlich auch noch eine Gartenfläche gehören wird. Dem will die Rentengutsgesellschaft nunmehr entsprechen. Geschieht dies aber, so hat die Stadt ein großes Interesse daran, daß derartige Siedelungen auch im Stadtgebiete errichtet werden und zwar möglichst bald, und daß die Stadt dabei ihren Einfluß und ihre Meinung geltend machen kann. Dies kann sie aber nur dann, wenn sie an der Rentengutsgesellschaft selbst beteiligt ist und insbesondere dann, wenn ihr ein Platz im Aufsichtsrat zusteht.

Entlassung der Jahrgänge 1870—71.

Wie das W. T. B. vom Kriegsministerium hört, sind Anordnungen getroffen, daß die Jahrgänge 1870/71, soweit sie nicht an Kampfhandlungen beteiligt sind, unverzüglich in die Heimat zurückgezogen werden.

Ueber die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft des Flugwesens sprach Mittwoch abend im „Tivoli" auf Veranlassung des Kaufmännischen und des Gewerbevereins und durch Vermittlung der Gesellschaft zur Verbreitung von Volksbildung der Ingenieur Professor Freund aus Leipzig. Das zeitgemäße Thema und die fließende Plaudererart des Vortragenden, die selbst bei der Schilderung der technischen Verhältnisse auf dem Gebiete des Flugzeugwesens beibehalten wurde, hätten eine starke Beteiligung verdient gehabt. Statt dessen sah man kaum 75 Personen in dem großen Tivoli-Saal. Die Stadt hatte ihr Interesse an der Veranstaltung bekundet. In seinen kurzen begrüßenden Worten meinte der Vorsitzende Rentner Rügow, Gott möge verhindern, daß wir infolge der Nähe der Leunawerke, schließlich nächstens noch unheilvolle Bekanntschaft mit feindlichen Flugzeugen machen.

Professor Freund wies einleitend auf die Berechtigung hin, jetzt wenige Tage vor Friedensschluß noch von der Entwicklung der Luftwaffe zu sprechen, der wir bezüglich des ersten Teiles des Krieges so außerordentlich viel zu danken haben. Dann schilderte er die Entstehung und Entwicklung sowie die technischen Einzelheiten der verschiedenen Arten bezw. Systeme der Luftfahrzeuge vom Zeppelinluftschiff bis zu den neuesten an der Front verwendeten Flugzeugtypen und führte dieselben auch in den tadellos getroffenen Lichtbildern vor Augen. Aus seinen Erzählungen konnte man entnehmen, daß die deutsche Flieger- und Flugzeugindustrie-Organisation mustergültig ist. Besonderem Interesse begegneten naturgemäß die Ausführungen über die Verwendung der Flugzeuge im Kriege. Es kommen da bekanntlich Kampf- und Beobachtungsflugzeuge mit Erdflugzeugen in Betracht. Letztere haben sich durch ihre Aufklärungsarbeit als ungeheuer wichtig erwiesen. Mit größter Spannung vernahm man von den gewaltigen Leistungen unserer tüchtigen Flieger der Kampfflugzeuge, von den Stürzen, dem Rückenfliegen, den Ueberschlägen usw. Es habe sich dabei einwandfrei herausgestellt, daß ein guter Flieger in der Luft mehr fertigbringt wie ein Vogel. Sind schon im Kriege sehr große Flugzeuge verwandt worden (mit Motor-Pferdestärken bis zu 4000), so befinden sich noch viele bedeutend größere im Bau; so z. B. ein Flugzeugsystem, mit dem allen Ernstes die Fahrt nach Amerika geplant und auch möglich ist und zwar kann das Ziel in 1½ Tagen erreicht werden.

Zum Schluß beschäftigte sich der Vortragende noch mit der Verwendung der Flugzeuge in der kommenden Friedenszeit. Es müßten da mehr stabile Apparate gebaut werden. Wie sollen dieselben nun verwendet werden und sind sie sicher genug? Die zweite Frage wurde damit beantwortet, daß ein stabil gebautes Flugzeug gar nicht kippen könne und größere Sicherheit gewährleiste wie die Verkehrsmittel auf dem Erdboden. So viele Unfälle wie bei den Eisenbahnen und Automobilen seien in der Luft völlig ausgeschlossen. Trotzdem die Entwicklung der Luftfahrzeuge erst 8—10 Jahre zurückdatiert, könne doch schon heute behauptet werden, daß man in ihnen bedeutend schneller und sicherer „fliegt" als im Auto. Die Anschaffungs- und Fahrtkosten stellen sich nicht teurer. Dazu kommen die bequemen Einrichtungen der drahtlosen Telegraphie und die eigenartigen, ohne Zweifel besonderen Reize einer Luftreise. Bei dem Ausbau des Luftreise-Verkehrs brauchen wir auch keine neuen Polizeiverordnungen. Alle diese Vorzüge lassen mit Sicherheit vermuten, daß wir in einer Reihe von Jahren stärkeren Luftfahrzeug-Verkehr haben als Automobil-Verkehr. So eröffnen sich auf dem Gebiete der Luftfahrzeuge großartige Ausblicke. Der Redner schloß: Wir wollen damit den Wunsch verbinden, recht bald in die Lage zu kommen, Friedensarbeit zu machen und die Gedanken wieder auf fruchtbare Arbeit ablenken zu können. Wir wollen Optimisten bleiben, uns abermals als Friedensvolk erweisen und gemeinsam treu zusammenarbeiten, um Deutschland einer großen und schönen Zukunft entgegenzuführen.

Zu der Kriegsanleihe-Zeichnung im Kreise Merseburg.

Die Garnison Merseburgs ist an dem so erfreulichen Zeichnungsergebnis der 9. Kriegsanleihe im Kreise Merseburg mit 4 660 000 Mark beteiligt, die von 1750 Leuten, und zwar meistens kleineren Landwirten gezeichnet worden sind. In Berücksichtigung dieser Tatsache darf man das Resultat doppelt hoch bewerten. Das Landsturm-Bataillon brachte 3 Millionen Mark und das Gefangenenlager 1 600 000 Mk. auf. Die Werbeorganisation war die frühere. Unter der Leitung des Kommandantur-Zahlmeisters Somburg gaben sich zahlreiche Unteroffiziere und Mannschaften mit größtem Eifer der Sammeltätigkeit hin. Und der Erfolg ist nicht ausgeblieben. Zu sämtlichen 9 Anleihen hat die Garnison rund 21½ Millionen Mark beigesteuert.

Das Lyzeum zeichnete auf die 9. Kriegsanleihe 23 000 Mk. Von der 3. bis zur 9. beträgt die Zeichnungssumme 138 500 Mk.

Neue Schiedsmänner.

Der Magistrat macht bekannt, daß als Schiedsmann für den 1. Bezirk der Kaufmann Karl Nell und als Schiedsmann für den 2. Bezirk der Privatmann Julius Trommer gewählt und vom Landgerichtspräsidenten in Halle bestätigt worden sind.

Der 12. Bildungsabend

muß infolge Erkrankung des Vorsitzenden vom 11. auf den 18. November verlegt worden.

Rotes Kreuz.

Die Sammelbüchsen in der Königlichen Kreiskasse ergaben wieder 110,36 Mark.

Diebstahl von Zeitungen.

Von einem Wagen der Fernbahn Halle-Merseburg wurde Mittwoch Abend ein Paket mit 60 Stück Zeitungen neuesten Datums gestohlen.

Die Meldung der von Kartoffelerzeugern noch nicht belieferten Kartoffelbezugsscheine

betrifft eine Bekanntmachung des Magistrats in der vorliegenden Nummer, die wir der besonderen Beachtung empfehlen.

In den Kammer-Lichtspielen

wird ab Freitag u. a. das Prachtwerk „Das Geschlecht derer von Ringwall" vorgeführt.

Speiseöl und Margarine.

Die „Deutsche Tages-Ztg." berichtet: Der Staatssekretär des Kriegsernährungsamtes hat auf eine Anregung, Speiseöl statt der weniger ausgiebigen Margarine zu verteilen, einen Bescheid erteilt, in dem es heißt: „Speiseöl wird in erster Linie zur Margarineherstellung benötigt und steht nur in sehr beschränktem Maße zur Verfügung. Mit Rücksicht auf die immer weiterschreitende Butterknappheit besteht eine dringende Notwendigkeit, der Bevölkerung das Oel in Gestalt von Margarine zuzuführen, da ihr eine größere Verwendungsmöglichkeit zukommt, als die Zuweisung von Speiseöl gewährleisten würde. Es ist zu hoffen, daß die Güte der Margarine besser werden wird, da jetzt vorwiegend die Oelfrüchte der neuen Ernte verwendet werden."

Das beschlagnahmte Fleisch aus Geheimschlachtungen.

Der Staatskommissar für Volksernährung und die Minister für Landwirtschaft und Handel haben in einer Anweisung zu der Verordnung über den Verkehr mit Fleisch und den Handel mit Schweinen bestimmt, daß Fleisch, das aus einer ohne die erforderliche Genehmigung vorgenommenen oder nicht vorschriftsmäßig angezeigten Hausschlachtung gewonnen ist, zugunsten des Kommunalverbandes des Ortes, wo die Schlachtung stattgefunden hat, ohne Zahlung einer Entschädigung verfällt. Diese Bestimmung ist sofort in Kraft getreten.

* * *

An- und Abmeldezwang über leerstehende Wohnungen usw.

? Dürrenberg, 7. Nov. Für den Bezirk des hiesigen Amtes ist eine neue Polizeiverordnung über An- und Abmeldezwang über leerstehende oder freiwerdende Wohnungen, Einzelwohnräume und gewerbliche Räume erlassen, die im amtlichen Teil der vorliegenden Nummer veröffentlicht wird. Bei der großen Wichtigkeit machen wir besonders darauf aufmerksam.

Wettervoraussage

Freitag, 8. November. Zeitweise aufklärend. Kühler Regenschauer.

Letzte Depeschen

Ein deutscher Funkspruch an Marschall Foch.

Foch „geruht" die deutsche Delegation zu empfangen.

Berlin, 7. Nov. (Amtlich.) Folgender Funkspruch ist diese Nacht von deutscher Seite hinausgegangen:

Die Deutsche Oberste Heeresleitung auf Anordnung der Regierung an Marschall Foch:

Nachdem die Deutsche Regierung im Auftrage des Präsidenten der Vereinigten Staaten benachrichtigt worden ist, daß Marschall Foch ermächtigt worden ist, bezüglaubigte Vertreter der Deutschen Regierung zu empfangen, um ihnen die Waffenstillstandsbedingungen mitzuteilen, sind folgende Bevollmächtigte ernannt worden: General d. Inf. v. Gündell, Staatssekretär Erzberger, Graf Oberndorff, General v. Winterfeld und Kapitän z. See Vanselow. Die Bevollmächtigten bitten um Mitteilung durch Funkspruch, wo sie mit Marschall Foch zusammentreffen können. Sie werden begleitet sein von Kommissaren und Dolmetschern nebst Unterpersonal und im Kraftwagen an den zu bezeichnenden Ort eintreffen.

Die Deutsche Regierung würde es im Interesse der Menschlichkeit begrüßen, wenn mit Eintreffen der deutschen Delegation an der Front der Alliierten vorläufig Waffenruhe eintreten könnte.

Marschall Foch hat hierauf geantwortet:

An das Deutsche Oberkommando von Marschall Foch:

Wenn die Deutschen Bevollmächtigten mit Marschall Foch wegen des Waffenstillstandes zusammentreffen wollen, mögen sie sich bei den französischen Vorposten auf der Straße Chimay—Fourmies—La Capelle—Guise einfinden. Es sind Befehle erlassen, sie zu empfangen und an den für die Zusammenkunft bestimmten Ort zu geleiten.

Der deutsche Unterseeboot-Stützpunkt Pola aufgelöst

Wien, 6. Nov. Nach der Uebergabe der Marinebehörden von Pola an den südslawischen Nationalrat wurde der deutsche Unterseeboot-Stützpunkt Pola aufgelöst. Offiziere und Ingenieure, Unterseeboot-Mannschaften und Arbeiter der Werften, zusammen mehrere tausend Personen, traten die Heimreise über Laibach und Villach nach München an.

Die ganze Adria italienisch.

Triest, 5. Nov. Blättermeldungen zufolge sind gestern auch in Capo d'Istria, Muggia und Pirano italienische Torpedoboote angelangt und haben italienische Truppenabteilungen gelandet.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919181108-10/fragment/page=0003

Nach kurzer Krankheit ging heute Abend plötzlich und unerwartet unser lieber Vater und Grossvater, der Handschuhmachermeister

Karl Zeigermann

im 71. Lebensjahre zur ewigen Ruhe ein.

In stiller Trauer zeigen dies an

Die Hinterbliebenen.

Merseburg, den 6. November 1918.

Beerdigung findet am Sonnabend, den 9. November, um 2 Uhr von der Kapelle des Stadtfriedhofes aus statt.

Am Montag, den 4. November, verschied in der chir. Klinik zu Halle unerwartet nach gut überstandener Operation unser treuer Vorsitzender, der

Gutsbesitzer

Gustav Reinhardt,

Oberclobicau.

Derselbe ist vom Gründungstage unserer beiden Genossenschaften an in deren Verwaltung tätig gewesen und hat uns in seiner Eigenschaft als Vorsitzender unschätzbare Dienste geleistet.

Wir verlieren in ihm einen treuen Freund und Ratgeber und empfinden sein Hinscheiden auf das Schmerzlichste.

Sein Andenken wird bei uns in Ehren bewahrt bleiben.

Molkereigenossenschaft Niederclobicau. | **Ländliche Spar- und Darlehnskasse Niederclobicau.**

Der Vorstand und Aufsichtsrat.

Kirchen-Konzert

(Musikalische Luther-Feier)

im Dom zu Merseburg

am Sonntag, den 10. November 1918,

nachmittags 5 Uhr

Ausführende:

Das Sologuartett für Kirchengesang

Leipzig

(Konzertsängerin Fräul. Gertrud Kubel — Frau Klara Röthig — Professor Bruno Röthig — Konzertsänger Karl Tränkner)

Kgl. Seminarmusiklehrer W. Treukner, Merseburg

(Orgel)

Lutherworte und Lutherweisen.

Orgelstücke von Bach und Reger.

Verkauf der Eintrittskarten bei Herrn Kaufmann Brendel, Gotthardtstr. 2 und im Domküsterhause part. — Preise der Plätze: Hochaltar 1,50 M, Altarstufen 1 M, Schiff 50 ₰.

Makulatur

hat abzugeben

Merseburger Tageblatt (Kreisblatt.)

Halte Sonntag früh von 8½ Uhr ab mit einem Transport

großen und kleinen

Läuferschweinen

in Webers Gasthof zu Rassnitz.

Franz Wernicke,

Döllnitz (Saalkreis).

Meldung der von Kartoffelerzeugern (Landwirten) noch nicht belieferten Kartoffelbezugscheine.

Es wird darüber geklagt, daß ein Teil der Kartoffelbezugscheine noch nicht beliefert sei und daß Kartoffelerzeuger die Lieferung der früher zugesicherten Kartoffeln nachträglich überhaupt ablehnen.

Die Haushaltungsvorstände, die **bis zum 10. November 1918** nicht im Besitz der auf Bezugschein **bei den Erzeugern** unmittelbar abgeschlossenen Kartoffelmengen sind, haben dies dem Magistrat **in der Zeit vom 10. bis 15. November 1918 im Rathaus, 2 Treppen, Zimmer Nr. 23,** schriftlich nach folgendem Vordruck zu melden.

Des Haushaltungsvorstandes			der Bezugschein lautete auf		Des liefernden Erzeugers			Es sind bereits geliefert		Mithin sind noch zuliefern	
Name	Stand	Wohnung	Ztr.	Pfd.	Name	Vorname	Wohnort u. Wohnung	Ztr.	Pfd	Ztr.	Pfd.

1. Ist die Belieferung überhaupt verweigert? Und mit welcher Begründung?
   Wenn nicht
2. Womit wird die Verzögerung begründet?

Merseburg, den .... 11. 1918.

.....
(Unterschrift.)

L. A. II 3068/18.

Merseburg, den 4. November 1918.

Der Magistrat.

Hochstammrosen

empfiehlt

A. Trebst, Nordstr. 2.

Nähmaschinen

werden schnell u. gut repariert bei L. Albrecht, Hallescheistr. 19.

Treibriemen.

Man wende sich zwecks unverbindlicher Bemusterung an **Karl Schmidt, Merseburg,** Hallesche Straße 105.

3—4 Zimmer-Wohnung

für sofort oder später gesucht Gefl. Angebote unter **A. 31** an die Exped. dieses Blattes.

Reichhaltige Auswahl moderner Handarbeiten

vorgezeichneter, angefangener und fertiger Arbeiten

in Richelieux, Lochstich- und Buntstickereien.

Gute Stoffe. Für sämtliche Arbeiten Material vorhanden.

Neu eingerichtet!

Abteilung für

Aufzeichnungen jeder Art

auf Kleider, Blusen etc.

Neu eingerichtet!

Echte Garne. **Reiche Muster-Auswahl.**

G. Hoffmann, Inhaber: Bernhard Taitza, **Markt 19**

In den

Kammer-Lichtspielen

Kl. Ritterstr. 3 Fernr. 529

wieder große Tage!

Ab Freitag bis Montag:

Henny Porten

in dem Prachtwerk:

„Das Geschlecht derer von Ringwall!!"

Ergreifendes, seelenvolles Drama in 4 langen Akten.

Außer diesem ein prächtiges Beiprogramm!

Anfang 7¼ Uhr.

HERMANN SCHLADITZ

UHREN

GOLD- UND SILBERWAREN

OPTISCHE ARTIKEL

JETZT

KL. RITTERSTR. NO. 11.

FERNSPRECHER 472.

Künstlicher Zahnersatz

Kronen- u. Brückenarbeiten · Behandl. krank. Zähne

Hubert Totzke, i. Fa. Willy Muder

Markt 19. **Merseburg** Telephon 442.

Sprechzeit 8—6 Uhr. Sonntags 9—1 Uhr.

Auktion.

Sonnabend, den 9. November d. J., nachmittags ½3 Uhr werde ich, für Rechnung wen es angeht, im **Grundstück Lauchstädter Strasse No. 1—3**

ca. 100 Ztr. Weißkraut

in kleinen Posten, auch zentnerweise, öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigern.

Im Auftrage:

Albert Franke, Auktionator.

Der 12. Bildungsabend

im „Herzog Christian"

findet wegen Erkrankung des Vortragenden erst

Montag, den 18. und Dienstag, den 19. November, statt.

Die Leitung der Lese- und Bildungshalle.

Ablieferung von Einrichtungs-Gegenständen aus Kupfer, Kupferlegierungen pp.

Im Anschluß an die Bekanntmachung des Kreis-Ausschusses vom 26. März 1918 betreffend Ablieferung der oben genannten Gegenstände wird hierdurch bekannt gemacht, daß die Ablieferung der Gegenstände der Reihen I und II sofort an die unterzeichnete Sammelstelle erfolgen kann.

Zum Bezirk der Kreissammelstelle bezw. der Ablieferung der Einrichtungs-Gegenstände gehören folgende Ortschaften.

Die Stadt Merseburg und die Gemeinden und Gutsbezirke des Amtsbezirks **Frankleben, Dürrenberg, Wallendorf, Meuschau, Schkopau,** die Gemeinde und der Gutsbezirk **Bündorf,** die Gemeinden **Knapendorf, Zscherneddel und Zöschen,** die Gemeinden des Amtsbezirks **Spergau.**

Merseburg, den 30. März 1918.

Die Kreissammelstelle

Firma Liebmann, Entenplan 6.

Roßfleisch- und Fleischwaren-Verkauf

findet am 8. November 1918

bei Möbius, Tiefer Keller Nr. 1

nachm. von 2—3 Uhr auf die Ordnungsnummern 1401—1500
" " 3—4 " " " " 1501—1600

bei Hoffmann, Brühl Nr. 6

nachm. von 2—3 Uhr auf die Ordnungsnummern 1601—1700
" " 3—3 " " " " 1701—1800
" " 4—5 " " " " 1801—1900

statt. Ein Anspruch auf eine bestimmte Art von Fleisch besteht nicht.

Merseburg, den 7. November 1918.

L.-A. I. 1309/18. **Das städtische Lebensmittelamt.**

Herausgeber: L. Balz. Verantwortliche Redaktion, Politik: F. Taepper, Oertl. und prov. Teil: B. Klötzing, Sport und Anzeigen: P. Burtschik.
Druck und Verlag: Merseburger Druck- und Verlagsanstalt L. Balz, sämtlich in Merseburg

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919181108-10/fragment/page=0004

Beilage zu Nr. 263 des Merseburger Tageblattes

Kreisblatt.

Freitag, den 8. November 1918.

Politische Rundschau

Deutsch-englische Verständigung über den Gefangenenaustausch.

Haag, 6. Nov. Reuter meldet aus London: Cave teilte mit, daß die deutsche Regierung sich bereit erklärte, das Abkommen über die Gefangenen zu erfüllen und daß sie die Bedingungen, die sie wegen der Deutschen in China zu machen suchte, fallen ließ.

Der deutsch-französische Gefangenenaustausch.

Berlin, 6. Nov. Wie vor einiger Zeit in der Presse mitgeteilt wurde, ist der Austausch der mehr als 18 Monate Kriegsgefangenen deutschen und französischen Heeresangehörigen vom 15. Oktober wieder aufgenommen worden. Zur Beruhigung der Angehörigen, welche die Rückkehr der Ihrigen mit begreiflicher Ungeduld erwarten, sei gesagt, daß der Austausch sich vollkommen regelmäßig vollzieht. In jeder Woche treffen zwei Züge mit rund 1500 Unteroffizieren und Mannschaften in Deutschland ein. Von Deutschland geschieht selbstverständlich alles, um trotz der Grippe und der in den Kriegsverhältnissen begründeten Schwierigkeiten den ruhigen Ablauf des Austausches zu sichern. Der nächste öffentliche Transport wird Mitte November in der Schweiz eintreffen.

Die Demokratisierung in den Bundesstaaten.

Eine Volksregierung in Sachsen-Weimar.

Weimar, 6. Nov. Das gesamte Staatsministerium demissionierte. Der Großherzog beauftragte das Ministerium mit der provisorischen Weiterführung der Geschäfte bis zu den Neuwahlen, nach denen ein Ministerium aus Volksvertretern gebildet werden soll.

Gleiches Wahlrecht in Mecklenburg.

Die „Mecklenburgische Zeitung" veröffentlicht eine Bekanntmachung des Staatsministers Dr. Langfeld, in der angekündigt wird, daß der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin die Bildung von zwei Kammern angeordnet hat. Die Zweite Kammer soll ausschließlich aus Abgeordneten zusammengesetzt sein, welche auf Grund des allgemeinen, gleichen, unmittelbaren und geheimen Wahlrechts zu wählen sind.

Parlamentarisierung in Hessen.

Darmstadt, 6. Nov. In der heutigen Sitzung der Zweiten Kammer teilte der Berichterstatter, Abgeordneter Reh, mit, daß die Vertrauensmännerversammlung der Parteien einstimmig beschlossen habe, mit der Parlamentarisierung der Regierung sofort zu beginnen und diejenigen Bestimmungen des Wahlgesetzes und der Verfassungsurkunden, die dieser im Wege stehen, aufzuheben.

Räumung Polens?

Berlin, 6. Nov. Das Kriegskabinett hat sich dahin verständigt, der polnischen Regierung mitzuteilen, daß Deutschland sich veranlaßt sehe, seine Truppen aus Polen zurückzuziehen, falls wir nicht bindende Garantien erhalten dafür, daß künftighin die polnische Regierung sachlich und formell weniger schroff auftritt und daß das polnische Volk bereit ist, sein künftiges Schicksal in enger Verbindung mit den Mittelmächten zu lösen.

Die „Köln. Volksztg." meldet aus Berlin: Wie wir hören, hat das polnische Ministerium am Dienstag durch den Minister des Aeußeren Glombinsky der deutschen Regierung eine Erklärung übermittelt, in der sie, befristet bis zum 15. November, die Uebergabe der gesamten Zivilverwaltung an die polnische Regierung fordert.

Ein litauischer Ministerpräsident.

Wilna, 5. Nov. Zum litauischen Ministerpräsidenten ist, wie die baltisch-litauischen Mitteilungen erfahren, von der Taryba Professor Woldemar gewählt worden.

Aus Stadt und Umgebung

Von der Mittelschule.

Der Magistrat hat folgenden Beschluß gefaßt: Mit Wirkung vom 1. April 1919 an wird das Schulgeld für auswärtige Kinder an den städtischen Mittelschulen auf 90 Mk. jährlich, den doppelten Satz, wie für einheimische Kinder, erhöht. Die städtischen Mittelschulen werden in immer erhöhtem Maße durch auswärtige Schüler besucht und zwar so stark, daß für die einheimischen Kinder nicht genügend Platz bleiben würde, wenn auch jetzt während des Krieges der strenge Maßstab an die zulässige Höchstzahl von Schülern in einer Klasse gelegt würde. Um den einheimischen Schülern, für die die Stadt ja doch in erster Linie ihre Schulen unterhält, die Sicherheit zu gewähren, daß sie zunächst berücksichtigt werden, hat der Magistrat schon beschlossen, daß künftig die Aufnahme auswärtiger Schüler dahin eingeschränkt werden soll, daß zunächst nur die Einheimischen aufgenommen werden und Auswärtige nur insoweit, als Platz da ist, ohne daß eine Klassenteilung vorgenommen werden müßte. Die auswärtigen Schüler erfordern aber aus städtischen Mitteln immerhin nicht unerhebliche Zuschüsse. Der Zuschuß, den die Mittelschulen im Jahre 1917 benötigt haben, beläuft sich auf 44 739,89 ℳ. Unter Berücksichtigung dieser Summe und des bisher gezahlten Schulgeldes sowie bei nur 50prozentiger Verzinsung des Herstellungswertes für die Gebäude und 20prozentiger Unterhaltung für dieselben, ergibt sich ein jährlicher Zuschuß für jedes Kind von 107,97 Mk. Davon werden durch die auswärtigen Schüler und Schülerinnen z. Zt. der Stadt nur 72 Mk in Form von Schulgeld zurückerstattet. Es dürfte durchaus der Billigkeit entsprechen, wenn die auswärtigen Schüler und Schülerinnen ein derartiges Schulgeld zahlen müssen, daß die Stadt zwar an ihnen nichts verdient, aber immerhin der für sie noch verbleibende Zuschuß aus Steuermitteln der Merseburger Bürger auf ein geringes Maß herabgesetzt wird.

Eine Lehrerinnenstelle an der Volksschule II.

Der Magistrat hat beschlossen, eine Lehrerstelle an der Volksschule II in eine Lehrerinnenstelle zu verwandeln. An der Volksschule II ist durch die Wahl des Lehrers Kreymer zum Mittelschullehrer eine Lehrerstelle frei geworden. An den Volksschulen soll ein Drittel der Lehrstellen Lehrerinnenstellen sein. Dies ist bei den städtischen Volksschulen in Merseburg nicht der Fall. Deshalb hat der Magistrat auf Vorschlag der Schuldeputation beschlossen, die jetzt erledigte Lehrerstelle in eine Lehrerinnenstelle umzuwandeln und bittet um Zustimmung zu diesem Beschluß.

Bewilligung für die Kläranlage.

Die zur Fertigstellung der noch fehlenden 3 Schlammbeete bei der Kläranlage benötigten Mittel von 2060 Mk. wurden vom Magistrat bewilligt und zwar als Ausgabeneugang bei der einmaligen Ausgabe der Abteilung D. Kanalisation der Bauverwaltung.

Der 25. Verbandstag der Bäcker-Innungen des Zweigverbandes Sachsen, Anhalt und Thüringen

fand im „Roten Roß" zu Halle statt. Beschlossen wurde die Erhöhung des Zweigverbandsbeitrages von 1 auf 2 Mk. Herr Riesenberg-Quedlinburg sprach über die steuerliche Belastung des Bäckergewerbes und über einheitliche Ausbeute und Brotpreis. Eine Entschließung des Regners besagt, daß die Ausbeute aus 100 Kilogramm Mischmehl bei 12 Prozent Feuchtigkeitsgehalt 136 Kilogramm Brot betragen soll. Bei der Brotpreisberechnung ist der Preisunterschied von 2 Pfg. zwischen Mehl- und Brotpreis zu Grunde zu legen. Bei der Mehlpreisberechnung muß ein Preis zu Grunde gelegt werden, daß aus diesem Ueberschuß den stillgelegten Betrieben von dem betreffenden Kommunalverbande die Rabattzahlung geleistet werden kann. Eine weitere Entschließung fordert den Abbau der Gewerbesteuer und ihre Ersetzung durch eine Umsatzsteuer, welche den eigentlichen Verhältnissen im Bäckergewerbe Rechnung trägt. — Beide Entschließungen wurden nach lebhafter Aussprache ebenfalls einstimmig angenommen.

Ueber das Genossenschaftswesen im Zweigverbande sprach Herr Pflugmacher-Magdeburg in Anlehnung an einen von ihm gegebenen Bericht über den Zentralgenossenschaftstag im Germaniaverband. Das Bäckerhandwerk habe den Ausbau des Genossenschaftswesens durchaus nötig. Vom Zentralgenossenschaftstag war die Gründung einer Reichszentrale für die Genossenschaften der Bäckerinnungen beschlossen worden. Diese sei um so nötiger, als die Konsumgenossenschaften, die durch die Bäcker mit groß geworden seien, 4 Großmühlen errichten und auch damit das Bäckergewerbe beeinflussen werden. Es wurde dann vom Geschäftsführer der Zentraleinkaufsgenossenschaft, die eine Vereinigung von Genossenschaften des Zweigverbandes Sachsen, Anhalt und Thüringen bildet, berichtet, was bisher geschehen sei. Die Zentraleinkaufsgenossenschaft hat ihren Sitz in Magdeburg. Ihr gehören jetzt 27 Genossenschaften an. Es liegt aber im Nutzen der noch nicht angeschlossenen Genossenschaften und deren Mitglieder, daß sie ebenfalls der Zentraleinkaufsgenossenschaft beitreten.

Zum Schluß wurde der Verbandsvorstand beauftragt, bei der Regierung vorstellig zu werden, daß noch Möglichkeit für Herstellung von Kartoffelwalzmehl zur Streckung besorgt wird, weil sonst außerordentlich große Schwierigkeiten entstehen werden. Die Lieferung von Futterkartoffeln müsse aufhören, da den Bäckern dadurch sehr bedeutender Schaden entstünde.

Aus Kreis und Nachbarkreisen.

Tödlich verunglückt. — Schwer geprüft.

sch. **Prohsch, 7. Nov.** Auf der Saalebrücke des Eisenbahnneubaus Merseburg—Zöschen verunglückte der Arbeiter Julius Nagel bei der Arbeit tödlich. Dieser Unglücksfall erregt hier allgemeines Mitleid, da der Verunglückte nicht nur eine Familie mit 6 unversorgten Kindern hinterläßt, sondern da er auch die Gefahren des Krieges, der russischen Gefangenschaft am Schwarzen Meere und in Sibirien und seine Flucht nach Deutschland glücklich überstanden hatte. Es ist hier in diesem Jahre schon der zweite Fall, daß ein aus dem Felde zurückgekehrter Einwohner das Opfer seines Berufes in der Heimat wird. — Schwergeprüft ist auch die Familie des Straßenarbeiters Karl Fischer im benachbarten Wegwitz. Nachdem bereits der älteste Sohn auf dem Felde der Ehre gefallen ist, kamen jetzt im Laufe der Woche die traurigen Nachrichten, daß ihr Sohn Gustav ebenfalls den Heldentod gefunden hat und daß ein anderer Sohn als vermißt gemeldet wird.

Von der Stadtsparkasse.

Schkeuditz, 7. Nov. Die hiesige Stadtsparkasse zeichnete für sich und ihre Sparer auf die 9. Kriegsanleihe 1,5 Million Mark gegen 1,4 Million auf die 8. Kriegsanleihe. — Bedeutende Einzahlungen bei der Stadtsparkasse. Der verflossene Monat Oktober hat den Rekordmonat Juli noch übertroffen. Während dieser Monat 1 145 428 Mk. Neueinlagen brachte, wurden im Oktober in 1232 Posten 1 215 709 Mk. eingezahlt. Abgehoben wurden in 578 Posten 435 149 Mk., mithin mehr eingezahlt 780 560 Mk. Der Gesamteinlagenbestand beträgt gegenwärtig über 20½ Million Mark und verteilt sich auf rund 15 000 Konten.

Brandstiftung.

Lützen, 7. Nov. Am 26. Oktober ds. Js. brannte die Scheune des Baumeisters Wilh. Müller am Ellerbacher Wege vollständig nieder. Es liegt offenbar Brandstiftung vor. Die Städte-Feuer-Sozietät der Provinz Sachsen hat für die Ermittlung des Täters eine Belohnung bis zu 600 Mk. ausgesetzt.

Erneute Gassperre.

Halle, 7. Nov. Die Sicherstellung des Betriebes des Gaswerks macht jetzt die abermalige Anordnung von Sperrzeiten notwendig, und zwar wird die Gasentnahme mit Wirkung vom Freitag, den 8. d. M., vorläufig für die Zeit von 8—10 Uhr vormittags und von 1—4½ Uhr nachmittags gesperrt. Die Sperrung erfolgt wieder durch Druckermäßigung, so daß eine Gasentnahme praktisch unmöglich gemacht wird.

Treibriemen-Diebstahl.

Weißenfels, 7. Nov. Am 4. d. M. nachts sind aus den Maschinenräumen der neuen Dietrichschen Papierfabrik Treibriemen gestohlen worden. Sachdienliche Angaben erbittet die Polizei-Inspektion. 500 Mark Belohnung werden demjenigen zugesichert, der den Täter namhaft machen kann.

Die Fliege im Bernstein.

Roman von E. v. Adlersfeld-Ballestrem.

38] (Nachdruck verboten.)

Die Frage, ob vielleicht bei der philologischen Laufbahn des Doktors v. Eschmidt etwas gehapert hat, lag nahe; ich sprach sie natürlich aber nicht aus. Schließlich kommt es ja oft genug vor, daß Leute ihren Beruf wechseln, ohne daß es damit „gehapert" hat; da der Doktor aber nie ein Wort über seine ehemalige Laufbahn fallen ließ, nie gesagt hat, wo und wie er darin gewirkt, so kam mir der Gedanke unwillkürlich.

„Ich glaube, eine Beschäftigung wie die des Doktors Windmüller muß hochinteressant sein," begann ich nach einer Weile wieder. „Ein gebildeter Mann, wenn er sie aus Leidenschaft ergreift und von der idealen Seite auffaßt, der Gerechtigkeit zu dienen, muß doch bessere Erfolge erzielen können als der Berufspolizist, dem das seelische, das seelische Problem entgeht."

„Darin mögen Sie recht haben," gab der Doktor zu. „Man behauptet, daß dieser Windmüller seine großen Erfolge in der Tat nicht nur allein seiner enorm entwickelten Kombinationsgabe und seinem Spürsinn verdankt, sondern vor allem seinem logischen Denken, seinen scharfsinnigen Theorien und seiner Kunst, auf den Seelen seiner Opfer fußen zu können, sie zum Klingen zu bringen wie der Geiger die Saiten seiner Violine. Interessant? Gewiß mag das interessant sein; es soll bei ihm geradezu ans Unheimliche grenzen, wie er die Leute in die Enge zu treiben versteht. Ich sprach jemand, der mir seine Grundtheorie auseinandersetzte: die Fliege im Bernstein. Haben Sie schon einmal solch ein vorsintflutliches Insekt, in ein klares Stück Bernstein eingeschlossen, gesehen? Ja? Nun wohl — Windmüller vergleicht den flüssigen, allmählich sich erhärtenden Bernstein mit den Verbrechern, der sein Opfer in dieser Weise unrettbar einschließt; er gibt der Fliege darin aber auch noch eine andere Bedeutung. Nach dieser stellt das kostbare Harz den Gewinn vor, den der Verbrecher aus seiner Beute zu ziehen hofft. Er arbeitet und schleift daran, in der Hoffnung ein klares, fleckenloses Exemplar erbeutet zu haben, und entdeckt dann darin die eingeschlossene Fliege, den Fehler in seiner Berechnung, der ihn der Gerechtigkeit ausliefert. — Folgen Sie der Idee?"

„Sie ist noch beiden Seiten vollkommen verständlich," erwiderte ich angezogen. „Möchten nimmt Herr Windmüller, wie es scheint, an, daß ein jedes Verbrechen seine Fliege in sich birgt, die zu suchen sein Beruf ist. Es wird der Wunsch jedes Redlichen sein, daß jeder Verbrecher seine Fliege im Bernstein finden möchte."

„Gewiß, gewiß — sehr richtig!" stimmte der Doktor zu. „Die andere Seite freilich wird die Fliege lieber als Opfer, denn als Spielverderber sehen; es kommt ja bei jeder Anschauung auf den Standpunkt an, den man einnimmt. Ich bilde mir ein, daß der letztere Fall, ich meine, daß die Fliege das Opfer ist, öfter eintritt, als der andere, wenigstens sagte mir einmal ein bedeutender Kriminalist, daß von hundert Fällen neunzig unentdeckt bleiben. Es kommt eben dabei auf die Person und ihren Verstand an. Ein kluger Mann wird sich gewiß versichern, ob sein Bernstein auch klar ist und keine Fliege enthält, die ihm das Spiel verdirbt."

„Sie meinen also —"

„Ah, meine liebe Thea, ich spreche natürlich nur ganz theoretisch. Was ich meine, ist, daß alles auf den Bernstein ankommt, also auf den Menschen, der seine Pläne mehr oder minder gut ausarbeitet. Uebrigens hat die Theorie des Herrn Windmüller auch ihre angreifbaren Seiten, wenn sie nicht damit rechnet, daß es weiter denkende Personen gibt, die geschickt genug sind die Stellen des Bernsteins wegzuschleifen, die unsehsame Einschlüsse enthalten; der Weise wird auch sicher sein Stück Bernstein teilen und sich mit der kleineren Hälfte, die ihn nicht gefährden kann, begnügen, wenn anders er imstande ist, der Habsucht Herr zu werden."

„Gibt es Verbrecher, die sich mit dem kleineren Raube begnügen, wenn sie den größeren greifbar vor sich sehen?" fragte ich.

„Das kommt eben auf den — hm — Charakter an, sagen wir auch, des Argumentes wegen, auf das Maß von Erziehung, das jemand genossen hat," meinte der Doktor mit einem flüchtigen Lächeln das wohl meiner Naivität galt. „Es gibt gewiß nicht viele — Uebertreter des Gesetzes, die das große Stück liegen lassen und sich mit dem kleineren begnügen, weil dieses mehr Sicherheit vor Entdeckung bietet. Ich bin aber doch überzeugt, daß es solch kluge Leute gibt, mehr gibt, als der Herr Doktor Windmüller anzunehmen scheint, und darin liegt der Rechenfehler seiner Theorie."

„Mein Rechenfehler?" fragte ich. „Jedes entdeckte und gesühnte Verbrechen hat seine Fliege im Bernstein gehabt."

„Das wars nicht, was ich bestritt, liebe Thea. Ich wollte nur darum, daß die Erscheinung der Fliege im Bernstein nicht die Regel, sondern die Ausnahme ist."

Mit anderen Worten: die uralte Weisheit „Laß dich nicht erwischen!" findet mehr Beherzigung, als wirs uns träumen lassen. Wer wars doch, der den kühnen Ausspruch getan hat, daß „das Verbrechen eine Kunst ist?" Wars nicht Lombroso? Nun, der Himmel soll uns auf alle Fälle vor solchen „Künstlern" in Gnaden bewahren!" rief ich aus, und damit war das Thema erledigt, denn der Doktor antwortete nur mit einem Achselzucken darauf, das wohl sagen wollte: damit hat es noch gute Wege.

Als wir den Palatin verließen, Frau v. Eschmidt aber trotz Verabredung vor dem Eingang nicht vorfanden, machte ich natürlich den Vorschlag, heimzukehren, um den Doktor nicht in Unruhe über den Verbleib seiner Gattin zu lassen. Er meinte zwar, daß ihr Nichterscheinen durchaus keine Veranlassung böte, unseren Weg abzukürzen, denn sie hätte ihr Nachkommen ja offen gelassen, ich aber mußte eingestehen, daß ich schmüde und meine Aufnahmefähigkeit für neue Eindrücke erschöpft sei.

Ich glaube, ich habe dem Doktor mit diesem Eingeständnis einer großen Gefallen getan, denn er war gleich bereit, heimzukehren, was wir denn auch zu Fuß taten. Der weite Weg wurde aber durch die verschlungenen Pfade, die der Doktor einschlug, hochinteressant, denn er weiß nicht nur Bescheid in der Topographie Roms, sondern kennt auch die Geschichte der Paläste, Kirchen und Stadtviertel aus dem Grunde.

So wars fünf Uhr vorbei, ehe wir wieder im Palazzo Roccasanta anlangten und von Frau Medesta, die zu müde gewesen war, uns zu folgen, mit einer sehr willkommenen Tasse Tee empfangen wurden.

Briefe waren weder von meinen Verwandten noch von meinen Freunden oder von Mater Teresa für mich eingetroffen. Nun, die Predigt von meinen Verwandten kann ich mit heiterer Ruhe abwarten; daß man auf Trinita de Monti meinen Brief nicht erhalten hat, steht jetzt aber wohl fest. Wahrscheinlich ist er im Briefkasten in den Umschlag einer Drucksache geschlüpft und reist darin vielleicht jetzt aus andere Ende der Welt, oder der Empfänger hat ihn einfach in den Papierkorb geworfen.

Mit gespannter Erwartung öffnete ich nach dem Tee meinen Schreibsekretär, um zu sehen, ob meine Falle ihren Dienst getan. Ich hatte eine unbeschriebene Ansichtspostkarte innen in das Schloß geklemmt; wenn also jemand, der das nicht wissen konnte, die Klappe zurückschlug, so konnte er glauben, daß die Karte sich dabei von einem Stoß darunterliegender Papiere selbsttätig oder vielmehr durch die Klappe herabgeschoben hatte. Nun, ums kurz zu machen: die Karte klemmte nicht mehr in dem Schloß, sondern lag fein säuberlich mit der Ansicht nach oben, neben dem Papierstoß. Wohin sie übrigens keinesfalls hätte fallen können, weil ich sie mit der Ansicht nach unten eingeklemmt!

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919181108-10/fragment/page=0005

Auszeichnung.

Querfurt, 7. Nov. **Der Kronenorden 4. Klasse** wurde dem Konrektor a. D. **Ifland** in Großolberhausen verliehen.

Sammlung für Weihnachtsgaben.

Mücheln, 7. Nov. Die vom Vaterländischen Frauen-Verein durchgeführte **Sammlung für Weihnachtsgaben** ins Feld brachte 2625,20 Mk.

Aus Provinz und Reich

Tödlicher Unfall.

Leipzig, 7. Nov. Am 4. November nachmittags nach ½3 Uhr wurde in der Reitzenhainer Straße das 4 Jahre alte Kind einer in der Viktoriastraße wohnenden Familie **totgefahren**. Der Knabe hatte noch vor einer herankommenden Straßenbahn den Fahrdamm überschreiten wollen, wurde aber, da auf der etwas abschüssigen Straße und bei den schlüpfrigen Schienen die sofort gezogene Bremse nicht zur vollen Wirksamkeit gelangte, umgerissen und von der Schutzvorrichtung am Kopfe so erheblich verletzt, daß der **Tod sofort eintrat**.

Schwerer Unglücksfall.

Altenburg, 7. Nov. Der Bureauvorsteher Karl **Rauh** wollte die Erntegüsse seines Gartens mit einem Handwagen nach seiner Wohnung bringen. In der stark abschüssigen Zwickauer Straße setzte er sich auf den Handwagen und lenkte mit den Füßen die Deichsel. Auf dem hinteren Teile des Wagens saßen seine zwei jüngeren Brüder. Durch den starken Fall erreichte der Wagen eine erhebliche Geschwindigkeit und Rauh verlor die Gewalt über das Gefährt. Der Wagen fuhr an einen Prellstein, die Insassen wurden herausgeschleudert und Rauh kam dabei so unglücklich zu Fall, daß der **Tod** auf der Stelle eintrat. Die Zwei Brüder kamen mit dem Schrecken davon.

Schweres Zugunglück.

Apolda, 7. Nov. Am Sonntag hat sich auf der Thüringer Bahn zwischen hier und Ossmannstedt ein schwerer Unglücksfall ereignet. Hinter der Ortschaft Oberroßla fährt die Bahn unter einer Brücke hindurch. Trotz aller Warnungen hatten sich von einem Transportzuge Mannschaften auf das Verdeck eines Wagens begeben, wo sie allerlei Scherze trieben. Ahnungslos bekamen drei von ihnen an der Brücke einen so gewaltigen Stoß, daß einer **sofort tot** war und die **beiden anderen** schon nach einigen Minuten ihr **Leben aushauchten**. Die Leichen wurden in Weimar zurückgelassen.

Stiftung.

Magdeburg, 7. Nov. Fräulein Anna **Stolberg** in Leipzig hat der Stadt Magdeburg in ihrem Testament eine Summe von **5000 Mk.** zur Errichtung eines **Ledigenheims** für weibliche Angestellte und Arbeiterinnen ausgesetzt. In einer Zuschrift an den Magdeburger Magistrat hat sie sich bereit erklärt, das Geld schon jetzt zur Verfügung zu stellen, wenn ihr der Zinsgenuß in der Höhe von 5 Prozent des Kapitals gewährleistet wird. Dieses Anerbieten ist angenommen worden.

Großes Diebeslager.

Tangermünde, 7. Nov. Ein **großes Diebeslager** wurde auf dem bei der Zuckerraffinerie liegenden Kahn des Schiffseigners Dr. aus Gr.-Rosenburg entdeckt. Bei einer polizeilichen Durchsuchung des Fahrzeuges wurden 8½ Zentner Rohzucker, 4 Zentner weißer Zucker, mehrere Zentner Mehl und ein größerer Posten leere Säcke vorgefunden. Der Schiffseigner und sein Bootmann wurden verhaftet und waren zum Teil geständig, die aus einem Einbruchsdiebstahl stammenden Sachen mitgenommen zu haben. Vorher hatte Dr. versucht, den Polizeibeamten durch Anbieten einer größeren Geldsumme (mehrere Tausend Mark) zu bewegen, von der Durchsuchung Abstand zu nehmen.

Selbstmord eines Generals.

Braunschweig, 7. Nov. Noch einer in den „N. N." erschienenen Todesanzeige ist „in tiefster Trauer und Verzweiflung über die seinem deutschen Vaterlande angetane Schmach der Kgl. Generalleutnant z. D. Gustav Uhlhorn, E. K. 1 und E. K. 2 1870/71, R.-O. 4. m. Sch. 1866, in Goslar a. Harz in seiner Wohnung am Fuße des Bismarck-Standbildes im 82. Lebensjahre in den Tod gegangen."

Ausland

Schweres Eisenbahnunglück.

Wien, 7. Nov. Ein **vollständig überfüllter Personenzug mit Soldaten, die in die Heimat fuhren**, erlitt in der Nähe von Rakos einen Achsenbruch, durch den der Zug in der Mitte entzwei gerissen wurde. Drei Wagen entgleisten und gingen in Trümmer, die nachfolgenden Wagen stürzten übereinander. Bisher wurden **60 Tote und 150 Schwerverletzte** geborgen.

Budapest, 7. Nov. Wie nunmehr festgestellt wurde, sind bei der Eisenbahnkatastrophe, die gestern nacht im Bahnhof Rakos stattfand, **29 Personen getötet und 67 schwerverletzt worden**. Die Katastrophe wurde dadurch verursacht, daß, als der Zug Rakos passiert hatte, plötzlich eine der Achsen brach und der Wagen entgleiste.

Gerichtszeitung

Metalldiebstähle.

Halle, 7. Nov. Der Schmied Robert **Müller** in Schkeuditz war in den Eisenbahnbetriebswerkstätten in Wahren beschäftigt und beschuldigt, in seiner Arbeitsstelle fortgesetzt **Weißmetall gestohlen** zu haben. Der Angeklagte gibt zu, Abfälle genommen zu haben, um sie dann einzuschmelzen, er will das aber für erlaubt gehalten und sich nichts dabei gedacht haben. Die geschmolzenen Klumpen hat er an den Altmetallhändler **Günther** in Halle verkauft, der sich durch den Erwerb der Hehlerei schuldig gemacht haben soll. Günther bestreitet aber, sich schuldig gemacht zu haben, da er einmal den Angeklagten M. seit 15 Jahren kenne und nicht habe annehmen können, daß er ihm gestohlene Sachen zum Ankaufe anbieten würde, dann habe er (Günther) aber auch einen Preis von 4 Mk. für das Kilo bezahlt, aus Unkenntnis, da das Metall nicht einmal die Hälfte koste. Insgesamt hat Müller etwa sieben Zentner an Günther verkauft und dafür zusammen bis 1400 Mark erhalten. Die beiden Angeklagten wurden antragsgemäß bestraft, und zwar M. zu **einem Jahre Gefängnis** und drei Jahren Ehrverlust bei sofortiger Verhaftung, G. wegen gewerbsmäßiger Hehlerei zu **einem Jahre Zuchthaus** und fünf Jahren Ehrverlust. Beide Verurteilten erklärten auf Befragen, die Strafe nicht annehmen zu wollen.

Bunte Zeitung

Das Blatt als Mördergrube. Unter den insektenfressenden Pflanzen verdient nach den neuesten Beobachtungen das gefleckte Trichterblatt (Sarracenia variolaris) eine ganz besondere Stelle. Als Fangapparat dient diesem in Amerika heimischen Kraute das trichter- oder dütenförmig gestaltete Blatt, das innwendig mit feinen, steifen, nach unten gerichteten Härchen besetzt und am Grunde mit einer etwas schleimigen, von der Pflanze abgesonderten Flüssigkeit gefüllt ist. Jene Härchen machen den in den Trichter hineingeratenen Insekten die Umkehr unmöglich, die Flüssigkeit aber tötet zunächst eine betäubende und sodann eine zersetzende Wirkung auf die Opfer aus, so daß z. B. Fliegen, die bekanntlich einem Wasserbade leicht und ohne Schaden entrinnen, in der Trichterblattflüssigkeit schon nach 30 Sekunden regungslos werden und nach wenigen Stunden in Fäulnis übergehen. Das Seltsamste indessen ist, daß das Trichterblatt nicht bloß selbst mordet, sondern zugleich einer tierischen Mörderbande zur Herberge dient. Eine amerikanische Schmeißfliege vermag nämlich, da sie sich nicht zum Niedersetzen verlocken läßt, ungefährdet bis auf den Grund des Trichters hinabzuschweben, und benutzt diesen Umstand, um ihre Eier an den dort angehäuften Insektenleichen abzusetzen. Die aus diesen Eiern entstehenden Maden aber räumen in der Folge gewaltig unter der Beute ihres vegetabilischen Wirtes auf. Und damit noch nicht genug! Wenn nämlich das Trichterblatt schlechte Geschäfte macht, und die gewöhnliche Kost eine Zeitlang ausbleibt, so fallen die Maden unter sich selbst übereinander her, und das Ende vom Liede ist, daß die stärkste unter ihnen alle ihre Geschwister auffrißt. Es dürfte das unstreitig eine der merkwürdigsten und zugleich der härtesten Formen sein, in denen der leidige Kampf ums Dasein sich in der Pflanzen- und zugleich der Tierwelt offenbart.

Biegsame Steine. Wir sind gewohnt, die Steine als starre Körper anzusehen, die mit Gewalt wohl zu zerbrechen und zu spalten sind, sich aber nicht biegen lassen. Diese Ansicht ist jedoch nicht allgemein zutreffend. Die meisten Gesteine sind, allerdings nur in sehr geringem Maße, biegsam, wenn man sie zu dünnen Platten verarbeitet. Glimmerplättchen und Asbestfäden sind sogar ziemlich geschmeidig und können in weitem Maße hin und her gebogen werden, ohne zu zerbrechen. Noch mehr ist dies bei gewissen Steinen der Fall, die vorwiegend in Brasilien gefunden werden und als das Muttergestein der dortigen Diamanten gelten. Dieses Itakolumit oder Gelenkquarz genannte Gestein besteht in der Hauptsache aus Sand, der in schieferiger Form zusammengekittet ist und zahlreiche Einschlüsse von Glimmer, Talk, Chlorit und Feldspat sowie etwas Eisenglanz und Magneteisen enthält. Dicke Platten dieses Gesteins, die an beiden Enden oder nur in der Mitte unterstützt oder mit einem Ende fest eingespannt werden, biegen sich an den nicht unterstützten Stellen unter der Einwirkung ihres Gewichtes durch. Kleine Platten von mehreren Zentimetern Dicke lassen sich wie Leder mit der Hand leicht biegen. Man führt diese Eigenschaft des Gesteins auf die eingelagerten, dicht zusammengedrängt liegenden Quarzteilchen zurück.

Bekanntmachung.

Wir machen hiermit bekannt, daß für die hiesige Stadt

a) als Schiedsmänner

1. der Kaufmann Max Nell für den I. Bezirk,
2. der Privatmann Julius Trommer für den II. Bezirk,

b) als Schiedsmannsstellvertreter

1. der Kaufmann Karl Brendel für den I. Bezirk wiedergewählt und vom Königlichen Landgerichtspräsidenten in Halle auf eine dreijährige Amtsdauer (vom 15. Januar 1919 bis dahin 1922) bestätigt worden sind.

Merseburg, den 31. Okt. 1918.

I. 1998/18. **Der Magistrat.**

Bekanntmachung.

Nachdem die Kreiskleiderstelle die Versorgung der Bevölkerung mit Reichsware einheitlich für den ganzen Kreis Merseburg mittels besonderer Bezugsscheine geregelt hat, wird unsere früher von Fall zu Fall gegebene Erlaubnis, einen bestimmten Teil von Reichsware, an denen größere Bestände vorhanden waren, ohne Anweisung des Wohlfahrtsamtes lediglich auf Bezugsscheine abzugeben, aufgehoben.

Demnach dürfen z. B. auf Strümpfe, Hemden usw., die als Reichsware überwiesen sind, jetzt grundsätzlich nur noch auf die vorgeschriebenen Bezugsscheine für Reichsware verabfolgt werden.

Merseburg, d. 2. Novbr. 1918.

M. 1816/18. **Der Magistrat.**

Empfehle mich als

Hausschlächter

Franz Tuma,

Kenschberg b. Dürrenberg

Leipzigerstr. 3a. Telefon 391.

Habe

echtes Mus

zu verkaufen

Schwarz, Landsberg b. Halle,

Saale.

Seidene Damenstrümpfe

schwarz und weiß

empfiehlt

H. Schnee Nachfl., Halle S.

Gr. Steinstraße 84.

Polizei-Verordnung

betr. An- und Abmeldezwang über leerstehende oder freiwerdende Wohnungen, Einzelwohn-Räume und gewerbliche Räume.

Auf Grund der §§ 5, 6, und 15 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 (G. S. S. 265), des § 143 des Gesetzes über die Allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (G. S. S. 195), des § 62 der Kreisordnung vom 13. Dezember 1872 und 19. März 1881 (G. S. 1881 S. 180) und des Artikels 6 § 1 des Wohnungsgesetzes vom 28. März 1918 (G. S. S. 23) wird mit Zustimmung des Amtsausschusses des Amtsbezirks Dürrenberg und des Verbandsausschusses des Zweckverbandes Bad Dürrenberg sowie mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde für den Umfang der Gemeindebezirke Kenschberg, Porsdorf-Poppitz, Ochram, Lennewitz, Kirchfähnendorf, Waldau und des Gutsbezirks Dürrenberg folgende Polizeiverordnung erlassen:

§ 1. Jeder Eigentümer, Nießbraucher oder Nutznießer eines Gebäudes oder sein Vertreter, Untervermieter und Schlafstellenvermieter ist verpflichtet, Wohnungen, Einzelräume und gewerbliche Räume, die durch Kündigung, anderweitige Aufhebung eines Miet- oder sonstigen Vertragsverhältnisses oder auf andere Weise vermietbar geworden sind, sowie zum Vermieten bestimmte Wohnungen, Einzelwohnräume und gewerbliche Räume in Neubauten, binnen 1 Woche nach der Kündigung, der Aufhebung des Vertragsverhältnisses oder nach dem Eintritt der Vermietbarkeit bei der Polizeimeldestelle in Dürrenberg anzumelden. Die Anzeige darf nur dann unterbleiben, wenn die Räume dauernd unter Vermietung gesetzt werden. Wird eine Wohnung oder ein gewerblicher Raum unmittelbar nach der Räumung wieder bezogen oder vermietet, so bedarf es der An- und Abmeldung nicht.

§ 2. Für die zurzeit leerstehenden oder gekündigten Wohnungen, Einzelwohnräume und gewerblichen Räume ist die Anzeige in der Zeit vom 4. bis 8. November 1918 anzubringen, für spätere Fälle innerhalb einer Woche vom Tage der Kündigung, der Aufhebung des Vertragsverhältnisses oder nach dem Eintritt der Vermietbarkeit (d. i. bei neuhergestellten Wohnungen innerhalb einer Woche vom Zeitpunkt der Rohbauabnahme an gerechnet.)

§ 3. Die in § 1 genannten Personen sind verpflichtet, die erfolgte Vermietung einer Wohnung oder eines gewerblichen Raumes der in § 1 bezeichneten Art innerhalb 1 Woche nach dem Abschluß des Mietvertrages bei der Polizeimeldestelle anzuzeigen. Die Bestimmung findet entsprechende Anwendung, wenn eine der im § 1 erwähnten Personen eine unter die Bestimmung dieser Verordnung fallende Wohnung oder einen gewerblichen Raum für sich selbst oder ihre Angestellten (Verwalter, Pförtner usw.) in Benutzung zu nehmen beabsichtigt.

Die Anzeige ist in diesem Falle spätestens bei Inangebrauchnahme zu erstatten.

§ 4. Die Anzeige muß enthalten:

1. die Zahl, die Art (Stube, Kammer, Küche usw.) und die Beschaffenheit (ob heizbar oder nicht) der Wohnräume, ferner die Angabe, ob Dauer- oder Fremdenwohnung,
2. die Lage nach Straße, Hausnummer, Hausgeschoß,
3. den Miet- oder sonstigen Nutzungspreis.
   a) Bei Anmeldung:
4. die Angabe des Zeitpunktes, von welchem ab die Benutzung erfolgen kann;
   b) bei Abmeldung:
5. die Angabe des Zeitpunktes, von dem ab über die Wohnung usw. anderweit verfügt ist.

§ 5. Die Polizeiverordnung findet auf gemeinnützige Anstalten und Gasthäuser keine Anwendung.

§ 6. Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu 9 (neun) Mark, an deren Stelle im Nichtbeitreibungsfalle verhältnismäßige Haft tritt, bestraft.

§ 7. Die Polizeiverordnung tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft.

Dürrenberg, den 26. Oktober 1918.

Der Amtsvorsteher,
zugleich als
Verbandsvorsteher des Zweckverbands Bad Dürrenberg.
Helfer.

Nicht unnötig Bargeld abheben!

Wir fordern hierdurch die Einwohner von Merseburg auf, den gegenwärtig bestehenden, aber vorübergehenden Mangel an Zahlungsmitteln nicht in völlig kopfloser und unbegründeter Weise dadurch zu vermehren, daß bei Banken und Sparkassen Rückzahlungen über den augenblicklich dringendsten Bedarf hinaus gefordert werden. Jeder muß sich gegenwärtig halten, daß die vorübergehende Knappheit an Zahlungsmitteln nur unnötiger Weise vermehrt wird, wenn er in völlig unbegründeter Besorgnis Gelder abhebt, die über das Maß des täglichen Bedarfs hinaus gehen. Der Mangel an Zahlungsmitteln ist durchaus kein Zeichen einer etwa bestehenden Unsicherheit der Geldlage, er ist lediglich zurückzuführen auf das völlig unbegründete Zurückhalten durch einen Teil der Bevölkerung, und er wird voraussichtlich bereits in der nächsten Woche dadurch gehoben sein, daß die Reichsbank genügend Mengen neuer Noten in Umlauf bringt.

Wir richten die dringende Bitte an die gesamte Bevölkerung, die im vorstehenden ausgesprochenen Mahnungen zu beherzigen, und keine Schwierigkeiten dort zu suchen, wo sie nicht vorhanden sind, und nach Möglichkeit die zuviel abgehobenen Beträge den Kassen wieder zuzuführen, bei denen sie abgehoben worden sind, um der Allgemeinheit als Zahlungsmittel wieder zugeführt werden zu können.

Gleichzeitig weisen wir ausdrücklich nochmals darauf hin, daß nach einer Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 22. Oktober 1918 die am 2. Januar 1919 fällig werdenden Zinsscheine der 5prozentigen Reichskriegsanleihen vom 23. Oktober 1918, bis zum 2. Januar 1919 zu ihrem Nennwert als gesetzliche Zahlungsmittel zu gelten haben und angenommen werden müssen.

Merseburg, den 2. November 1918.

X. 536/18. **Der Magistrat.**

Karl Tänzer

Adolf Schäfers Nachf.

Spezialgeschäft für

Herren-Wäsche

Trikotagen, Shlipse.

Wäsche-Anfertigung in eigenen Arbeitsstuben.

Solide Qualitäten! Große Auswahl!

Aufmerksame Bedienung! Mäßigste Preise!

Merseburg

Entenplan 7 Fernsprecher 259 Entenplan 7

Wenden Sie sich wegen preiswerter u. gediegener

Möbel

an

O. Scholz Ww.

Telephon Nr. 458. **Merseburg a. S.** Gotthardstr. 34.

Freiwillige u. Nachlaß-Auktion.

Sonnabend, den 9. November d. J., von vormittags 10 Uhr an werde ich im Gasthaus zum halben Mond, Gotthardstraße, hier folgende Gegenstände öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigern und zwar:

1 Sofa mit grünem Plüschbezug, 1 Sofabank fast neu, 2 Bettstellen mit Matratzen, 1 Glasschrank; 1 Waschtischkommode, 2 Kommoden, 1 ovaler Tisch, mehrere andere Tische, 6 eis. Tische mit Marmorplatte, 4 eis runde Tische mit Marmorplatte, 1 Küchenwaschtisch, 1 Mahagonispieltisch, 1 Spiegel mit Konsol, 1 Kliegenschrank, 33 Rohrstühle, Bänke, 1 fast neue Klurgarderobe Treppenleiter, Waschmaschine, Waschseife, Gardinenhalter, Kohlenkasten, sowie noch viel anderes Haus- und Küchengerät sowie Porzellan und Glassachen.

Die Gegenstände sind gebraucht, aber noch in sehr gutem Zustande.

Im Auftrage des Besitzers:

Albert Franke, Auktionator.

H. Schnee Nachfl.

Erstklassiges Spezialgeschäft für Strumpfwaren u. Tricotagen

Halle a. S., Gr. Steinstr. 84.

Weisskohl

bietet an

Trebst, Nordstr.

Ein 5jähriger

Fuchswallach

zu verkaufen.

Krüger, Großlehna 82a.

2 schöne, leere Zimmer

sind zu vermieten. Wo? sagt die Expedition d. Blattes.

Wohnung gesucht

6—8 Zimmer nebst Zubehör.

Johl, Kgl. Baurat.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919181108-10/fragment/page=0006